

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Abonnementspreis mit Illust. "Volk u. Zeit" frei Haus für die Zeit vom 10. bis 20. März 75 Goldpfng. Einzelverkaufspreis: 10 Goldpfennige.

Redaktion: Johannisstr. 46.

Fernruf 905 nur Redaktion.
Fernruf 926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtseitige Petition, zelle oder deren Raum 20 Goldpfennige, auswärtige 25 Goldpf., Verfammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige, Reklamen 80 Goldpfennige.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf 926 nur Geschäftsstelle.
Fernruf 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 62.

Mittwoch, 19. März 1924.

31. Jahrgang.

Der Riß im Sachverständigen-Ausschuß.

England und Amerika gegen Frankreichs Forderungen.

SPD. Paris, 18. März. (Eig. Druckber.)

Die Meldung über die zunehmenden Meinungsverschiedenheiten, die innerhalb des Komitees Dawes ausgebrochen sind und die die Lösung der den Sachverständigen gestellten Aufgaben in Frage zu stellen scheinen, wird jetzt durch Mitteilungen der hiesigen Blätter vollständig bestätigt. Danach scheinen es vor allem zwei Fragen zu sein, die zu einem ausgesprochenen Konflikt zwischen den französischen und den englischen bzw. amerikanischen Sachverständigen geführt haben. 1. die Frage der Finanzierung der von Deutschland während des Moratoriums zu leistenden Schälfserungen sowie der Ausbringung der Ostkostensosten. Von den angelsächsischen Experten war dafür die Verwendung der durch die projektierte internationale Anleihe ausbringenden Mittel in Aussicht genommen. Von französischer Seite wird dagegen gefordert, daß diese Beiträge, die auf etwa 600 bis 800 Mill. Goldmark jährlich zu veranschlagen sind, aus Überschüssen des deutschen Budgets flüssig gemacht werden sollen. 2. die Frage der Festlegung der von Deutschland vom Jahre 1928 ab, d. h. nach der Sanierung seiner Wirtschaft und seiner Finanzen

zu schaffenden jährlichen Annuität. Die Franzosen sollen dafür 3 Milliarden Goldmark in Vorschlag gebracht haben, was die englischen und amerikanischen Sachverständigen unter Hinweis darauf, daß diese Summe selbst die im Londoner Zahlungsplan vorgesehenen Leistungen übersteigen würde, abgelehnt haben sollen. Neben diesen beiden hauptsächlichsten Konfliktlinien aber scheint auch über andere Detailfragen eine Einigung bisher nicht möglich gewesen zu sein. Dazu soll nach dem "New York Herald" u. a. die Frage der Besteuerung der von der Industrie und den Großbanken gemachten Inflationsgewinne gehören, deren Höhe von den Sachverständigen auf etwa 10 Milliarden Mark geschätzt wird, deren Erfassung aber erhebliche Schwierigkeiten machen würde.

*

Nach dem "Temps" dann mit ziemlicher Bestimmtheit damit gerechnet werden, daß das Gutachten und die Vorschläge der Sachverständigen, deren Abschluß man nicht mehr vor Anfang April erwarte, unmittelbar nach ihrer Überreichung an die Reparationskommission veröffentlicht werden sollen.

Französisch-tschechische Kriegspolitik.

Enthüllungen über Geheimverträge gegen Deutschland

Berlin, 18. März.

Das Berliner Tageblatt veröffentlicht den Wortlaut der geheimen Abmachungen zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei.

Am 25. Januar 1924 ist bekanntlich zwischen den beiden Staaten ein Freundschafts- und Bündnisvertrag abgeschlossen worden. Andere Abmachungen waren vorausgegangen. Am 28. Oktober 1918, also vor dem Ende des Krieges, wurde ein

Geheimvertrag

unterzeichnet, wonach eine aus 68 französischen Offizieren gebildete Kommission für die Dauer von 10 Jahren mit der Organisation und im Falle eines Krieges gegen Deutschland mit der Führung der tschechoslowakischen Armee betraut wurde. Diesem Vertrag wurden am 24. April 1921

ergänzende Bestimmungen

angefügt, wonach es die tschechoslowakische Regierung übernahm, im Falle einer ernsthaften Entwicklung der Anschlussbewegung Wien, Linz und Salzburg sowie die österreichischen Industriegebiete militärisch zu befehlen.

Das wichtigste Aktenstück ist die am 25. Januar 1924, also am Tage des Abschlusses, zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei unterzeichnete

Erklärung zu diesem Bündnisvertrag.

Ihre wichtigsten Punkte lauten:

1. Die Tschechoslowakei tritt bei einem Kriege gegen Deutschland mit ihrer gesamten Kriegsmacht auf die Seite Frankreichs, und umgekehrt verpflichtet sich Frankreich, bei einem Wassengang der Tschechoslowakei mit Deutschland diesem den Krieg zu eröffnen.

2. Bei einem Kriege Polens mit Deutschland treten beide Vertragsparteien an die Seite Polens.

3. Beide Vertragsteile verhalten sich bei einem Konflikt Polen-Polen neutral.

4. Bei einem Wiederausleben der Anschlussbewegung in der Bundesrepublik Österreich machen beide Vertragsteile durch ihre Vertreter bei den Bundesbehörden in Wien auf die Folgen in Form einer Besetzung der Bundesrepublik durch verbündete Truppen aufmerksam.

5. Der Versuch einer Restaurierung der Hohenzollern in Deutschland oder in einem seiner Länder erfordert sofort einen verschärften Einpruß, ultimativen Charakters beider Vertragsteile in gleicher Raten unter Ankündigung weiterer Sanktionen im Westen sowie Siboden unter Bezugnahme auf den Verfallen Vertrag. Eine notorische Widersprüchlichkeit Deutschlands ergibt einen casus belli.

6. Die Unterstützung Russlands durch Deutschland bei einem Kriege Russland-Polen erfordert die gemeinsame Kriegserklärung der Vertragsteile an Deutschland.

*
Wir werden auf diese Enthüllungen ausführlicher zurückkommen. (Red.)

Die Frage der Mindestlohnne.

Schwierigkeiten für die englische Arbeitersregierung.

SPD. London, 18. März. (Eig. Druckber.)

In den Kreisen der Londoner Liberalen herrscht entschieden der Wille, der Regierung auf dem Wege zum Minimallohngebot den Bergbau, nicht zu folgen. Falls die Regierung darauf

Bemerkungen.

Dr. L. Lübeck, 19. März.

Es ist etwas viel auf einmal: drei politische Prozesse in kurzer Zeit.

Der Patchimer Mordprozeß ist erledigt. Verhältnismäßig milde Zuchthausstrafen für eins der vierzehn Verbrechen, mit denen deutsche Gerichte sich je zu beschäftigen hatten. Und doch — die Mörder können einem beinahe leid tun.

Sie sind das Opfer der sittlichen und geistigen Verrohung, die im Krieg und nach dem Krieg Beifall ergriff von einem großen Teil der sogenannten „gebildeten“ Jugend. Selbstverständlich sind die Jungen der bewegten Zeit auch an der jungen Arbeiterschaft nicht spurlos vorübergegangen. Und doch war hier die Entwicklung eine ganz, ganz andere.

Die Partei der Arbeiterschaft, die Sozialdemokratie, wandte alles auf, um die Jugend auf den Boden des Rechts, der gesunden Überzeugung und der politischen Vernunft zurückzuführen. Im großen gingen ihr das gelungen.

Und die bürgerlichen Parteien? Da sie selbst das innere Gleichgewicht verloren hatten, da sie selbst die moralische Fertigkeit nicht aufzutreten, sich mit der sehr unangenehmen Tatsache des verlorenen Krieges und des Zusammenbruchs der deutschen Großmacht abzufinden, so waren sie nicht imstande, ihre Jugend leitend und führend zu beeinflussen.

Im Gegenteil — sie machten den Rummel mit. Das Alter beliebte sich an denselben geistlosen Schlagwörtern wie die Jugend. Die Folge: Die bürgerliche Jugend schwamm immer wilder in das schäumende Fahrwasser des Hasses und der Hebe gegen Revolution, Republik und Arbeiterschaft.

Ohne Sinn, ohne Verstand, ohne Geist, ohne Menschentum; nur noch Haß, Hebe, Roheit. Dazu ein bisschen Uniformspiel, ein bisschen stramme Haltung und unendlich viel Geschrei von Patriotismus, Nationalismus, Patriotismus. Die Bedürfnisaufzäufe wurden patriotisch; der Alkohol wurde Schrimacher für Patriotismus; Animierkneipen wurden patriotische Bierzeltiere.

Und so: Verrohung! Unmenschliche Geistlosigkeit! Abwesenheit jedes geistigen Bedürfnisses. Judenhebe! Sozialbenahab!

Der Erfolg: Die Gestirnung, die zu den diebstischen Hemmorden von Wismar und Barthim führte.

Der Münchener Prozeß ist eine Blamage für Deutschland in der ganzen zivilisierten Welt. Was hat man geredet von den Männern der deutschen Zukunft, von Kahr, von Hitler und besonders von Ludendorff. Und was stellt sich jetzt heraus? Kahr ein schwankendes, charakterloses und dazu noch ungeschicktes Roheit im Winde. Ludendorff: Strategisch? Na, er hat den Krieg reiflos verloren! Politisch? Ein Kanel von Goethes Gnaden ohnegleichen. Hitler? Ein eitler Narr! Der mit läden Gelingen den geistlosen Moral der bürgerlichen Jugend auswählte, und mit oligem Scheitel und schmatzenden Handküßen die fürnehme Damenwelt in angenehme Erregung versetzte.

Die ausländischen Journalisten in München machen sich einen Spaß daraus, ihre deutschen Kollegen von Zeit zu Zeit die unzählige Frage zu stellen: Herr Kollege, entschuldigen Sie bitte, ist das wirklich Kahr?

Men erinnert sich des ungeheuren Zeignersstandals. Vor zwei oder drei Monaten schwelgte die bürgerliche Presse im roten Euphorie in der roten Korruption.

Wir haben keinen Grund, Zeigner zu entschuldigen oder zu verteidigen. Zeigner ist für uns ein erledigter Mann. Wo Menschen regieren werden auch menschliche Fehler an die Oberfläche kommen. Das wird festgestellt und rücksichtslos bekräftigt.

Aber — was hat der Prozeß bisher gebracht? Was ist von der Hebe gegen Zeigner geblieben? Ein Punkt der Anklage noch dem anderen schrumpft zusammen. Die Ministerialräte, die Oberbeamten aus dem Justizministerium, sie stehen zu Zeigner und sagen für ihn durchweg günstig aus.

Aber — der Prozeß ist noch nicht zu Ende. Wir wollen deshalb dem Ergebnis nicht vortreten.

Nur eins ist jetzt schon festzustellen: Mit einer geradezu infernalischen Hebe hat man gegen Zeigner den verfahren politischen Gegner gearbeitet. Ein deutschnationaler Staatsanwalt und ein deutschösterischer Anwalt haben den Hauptzeugen Möbius von allen Seiten her aufgesputzt und verheht. Mit Lügen selbst haben sie ihn bearbeitet, mit falschen Behauptungen über Zeigner in Wut versetzt.

Zeigt aber in der Verhandlung bekommt er Gewissensbisse und sagt anders aus, ganz anders. Auf seinen früheren Aussagen war das Hergewebt der bürgerlichen Presse aufgebaut. Mit diesen Aussagen bricht also auch die Zeignerzüge zusammen.

Davon wird man kein Wort lesen. Und auch davon nicht, daß es in der bürgerlichen Gesellschaft zur besten Vornehmheit gehört, die unglaublichen Lügen und Verleumdungen zu glauben und weiterzubreiten, wenn sie gegen einen Sozialdemokraten oder sonst einen aufrichtigen republikanisch gesinnten Mann sich richten.

Lügen haben kurze Beine, Verleumdungen richten sich selbst. Wer aber mit beiden Dingen zusammen Politik treiben will, der kreist sich sein eigenes Todesurteil im Geiste.

Den eigenen Galgen hat sich das deutsche Bürgertum so errichtet. Manche seien das heute ein. Aber es ist zu spät — zu spät.

Das Bürgertum hat sich selbst politisch um die Vernunft gebracht. Und ist nun aufs höchste erstaunt, daß die Unvernunft in seinen Reihen die Oberhand bekommt.

Die völkischen Diktatoren.

Schluß der Beweisaufnahme im Hitlerprozeß.

SPD München, 18. März. (Eig. Druckbericht.)
Die Dienstagsitzung wurde durch eine Erklärung Ludendorffs eingeleitet. Sie richtet sich gegen einzelne Behauptungen des Kardinals Faulhaber und lautet: 1. Ich habe niemals davon gesprochen, Kardinal Faulhaber stehe hinter dem Plan, Bayern und Österreich zusammenzuführen. 2. Ein authentischer Vorlaut der Rede des Kardinals in Neuport war in der deutschen Presse nicht veröffentlicht. Darum sind Missverständnisse über einige Redewendungen bestreitbar. Ich stelle aber fest, daß dierede des Kardinals in Amerika und in Europa in weiten Kreisen als Deut' Land abfällig empfunden worden ist. 3. Wenn Kardinal Faulhaber aus dem zeitlichen Zusammenfall seiner Reise mit dem Fuchs-Machaus-Prozeß Schluß zieht, die ich nicht gezogen habe, so beweise ich das. Es lag mir daran, festzustellen, wie ultramontane Fülle gleichzeitig in Deutschland und in Amerika unserem Vaterland schädlich ist. Ich hatte geglaubt, daß auch Se. Wenzel, der König Augustus Einfluß auf Herrn Fuchs ausgeübt hat. Ich erkläre ausdrücklich, vom Rechtsanwalt Hammer in der letzten öffentlichen Sitzung Worte gehört zu haben, die mich nie bewußt haben. Heute stehe ich nicht mehr auf meinem früheren Standpunkt.

Der Vorsitzende hält hierauf dem Angeklagten Hitler ein Nachrichtenblatt seines Oberkommandos vor, in dem eine seiner Reden vom 26. Oktober mitgeteilt wird. Hier heißt es u. a.: Zur Rettung Deutschlands gibt es nur einen Aufruhr der deutschen Frage von Bayern aus: Aufruhr einer deutschen Freiheitsarmee unter einer deutschen Regierung in München, Aufspülungen der schwarzen-weißen-roten Hakenkreuzflagge als Symbol zum Kampf gegen alles Nichtdeutsche, zum Kampf gegen das Symbol des Sozialstaats, der sich heute noch teilweise hinter Schwarzer-Rothgold verbirgt Durchführung des Kampfes in ganz Deutschland und Süden der schwarzen-weißen-roten Hakenkreuzfahne auf dem Reichstagsgebäude in Berlin zum Zeichen der Befreiung Großdeutschlands. Der Völkerbund, Louis der S. A. voran, werden diesen Weg marschieren. Vorsitzender: Dieser Plan ist also das völkische Programm, das am 8. November durchgeführt wurde? Hitler: Das ist das Programm, das von allen Herren um die Mitte des Oktober angenommen wurde. Ich sagte Losow: Sie haben den Schritt gegen Berlin getan, gehen Sie nicht zurück, machen Sie den zweiten Schritt. Vorsitzender (zu Ludendorff): Sie dachten also nicht an einen militärischen, sondern an einen politischen Vormarsch auf Berlin? Ludendorff: Ja. Scheubner-Richter sagt mit am 8. November, als er mich abholte: Hitler wollte den drei Herren zum Abitur verhelfen. Im Nebenzimmer des Bürgerbräukellers habe ich von einem physischen Angriff nichts gehört. Ich selbst aber stand wie die anderen drei Herren unter moralischem Zwang. Vorsitzender: Sie sagen also, Sie haben am 8. November faktisch nicht an einen militärischen Marsch gedacht, sondern an die Patentlösung in Form eines Drucks auf den Reichspräsidenten, dessen Absetzung Sie nicht befürchtet haben. Da bestand aber doch ein gewisser Widerstreit. Denn Sie sagen doch selbst, Sie seien auf dem Wege zum Bürgerbräukeller durch Scheubner-Richter im allgemeinen so orientiert worden, wie es am nächsten Tage in den Zeitungen stand. Ludendorff: Auf das einzelne kann ich mich nicht mehr erinnern. Vorsitzender: Haben Sie denn gedacht, daß der Reichspräsident Ebert besiegt? Ludendorff: Das mußte der Zukunft überlassen bleiben. Vorsitzender: Sie haben doch wohl eingeschaut, daß Ihre heutigen Angaben in gewissem Widerspruch zu Ihrer früheren stehen? Ludendorff: So wie ich heute die Anschuldigung habe, ist sage ich sie heute aus. Ich kann nicht anders, das ist mir nicht möglich. Vorsitzender (zu Hitler): Haben Sie mit Ludendorff über die Diktatur und über Ihren Umlauf gesprochen? Hitler: Es konnte kein anderer militärischer Führer in Krize kommen. Ludendorff galt als der Führer der großen Abrednung; der Führer des jungen Deutschland in politischer Hinsicht war ich, weil von mir die junge völkische Bewegung gegründet wurde, die heute auch schon einen Machtkreis bei den Männern darstellt. Vorsitzender: Haben Sie mit Ludendorff über dessen diktatorische Befürchtungen im Detail gesprochen? Hitler: Nein. Vorsitzender: Wie haben Sie nun Ihre Stellung erachtet? Hitler: Es war mir klar, daß zunächst eine unermäßliche Propagandawelle kommen mußte. Aber dann ist mich als politischer Führer nie in Betracht. Staatskunst ist eben eine Kunst, dazu muß man geboren sein. Kahr ist dazu nicht geboren.

Vorsitzender: Die Beweisaufnahme ist geschlossen. Staatsanwalt Stenglein beantragt, in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten, ob die Plädoyers zum Teil oder ganz unter Aussluß der Öffentlichkeit gehalten werden sollen. Nach einer einstimmigen Fassung verkündet das Gericht, daß der Donnerstagssitzung freit ist. Am Freitag wird in der ersten Sitzung beginnenden öffentlichen Sitzung der Gerichtsbeobachter darüber verhört, ob die Plädoyers öffentlich oder in geheimer Sitzung gehalten werden. Die Verteidigung setzt sich für die Öffentlichkeit der Sitzungen auch während der Plädoyers ein.

Völlig unzureichende Gehaltserhöhungen.

Die Beamtenorganisationen lehnen entrüstet ab.

Die am 17. März im Reichsfinanzministerium stattgefundenen Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Beamten hatten einen Verlauf, der unbedingt Entrüstung hervorruft. Neben einer Erhöhung von 19% der außerordentlich niedrig gehaltenen Grundgehälter brachte die Regierung unter Beteiligung des bisherigen Ortszuschlags einen Wohnungsgeldzuschuß in Vorschlag. Der Wohnungsgeldzuschuß gliedert sich in sieben Tarifklassen und beträgt in der Tarifklasse A:

bei einem Grundgehalt bis 792 Mark = 250 Mark
1068 Mark = 390 Mark
1692 Mark = 540 Mark
2760 Mark = 720 Mark
4500 Mark = 960 Mark
6420 Mark = 1260 Mark
über 6420 Mark = 1560 Mark

Von diesen Beträgen sollen jedoch zunächst nur 80% gezahlt werden. Die Kinderzuschläge sollen künftig monatlich 13, 14,50 und 16 Mark in den einzelnen Stufen betragen; die Frauenzulage wird nicht erhöht.

Für einen ledigen Beamten der Gruppe 3 (Schaffner), Tarifklasse A (z. B. Berlin, Hamburg und andere Großstädte), ergibt sich nach dieser Regelung ein Jahreseinkommen von 1110 Mark, ohne Berücksichtigung des Steuerabzugs. Die Organisationen haben dieses Angebot mit Entrüstung abgelehnt und sich alle weiteren Schritte vorbehalten. Die Regierung begründete ihr mögliches Einigekommen mit dem Mangel an Finanzen. Das ist bei einer Steuerpolitik, die nur Rückziehungen gegenüber der Großindustrie, der Landwirtschaft und dem Handel kennt, aus der großen Höhe der Beamten, Angestellten und Arbeiter aber das Letzte herauszuhalten, nicht wunderlich. Die Beamtenrichtlinie geht wahrläufig einen vorneaussehenden Weg. Sie muß endlich erkennen, daß nicht diejenigen ihre Freude hab, die in den Parlamenten nur über die niedrigen

Gehälter zetzen, aber im übrigen dem Staat alle Steuern verweigern, die zur Gesundung des Staatshaushalts erforderlich sind.

Das dritte Kabinett Theunis.

(Von unserem Brüsseler Korrespondenten.)

Die neue belgische Regierung ist mit Ach und Krach zustande gekommen. Herr Theunis, der zur Abstimmung über den französisch-belgischen Handelsvertrag die Vertrauensfrage gestellt hatte, erscheint trotz der Verwerfung dieses Vertrages wieder an der Spitze der Regierung. Die Art und Weise, wie dieses Kunststück fertig gebracht wurde, zeugt weder für die Festigkeit der parlamentarischen Methoden in Belgien noch für den politischen Anstand bei den bürgerlichen Parteien.

Für die Verteilung der neuen Regierung sind zwei Fragen entscheidend. Erstens: Ist sie besser oder schlechter als die alte? Und zweitens: welche Wirkung dürfte sie auf die weitere Gestaltung der Parteiverhältnisse und auf die Wahlaustritte aussüben? Es ist ein nicht unwesentlicher Personenwechsel eingetreten. Zunächst ist das Auswärtige Amt aus den Händen Jaspars in die von Hymans übergegangen. Seine Ernennung hat in der katholischen Partei, und namentlich bei den flämischen Katholiken, starke Entrüstung hervorgerufen und hätte beinahe zum Bruch zwischen den beiden Parteien geführt. Einmal weil Hymans im Gegensatz zu Jasper ein Liberaler ist und zweitens weil er im Auge steht, noch mehr französischfreundlich zu sein als Herr Jasper, den die Kammermechtheit wegen seiner übertriebenen Franzosenliebe davongejagt hat. Hymans hat diesen Ruf durch seine frühere Tätigkeit als Minister des Auswärtigen verdient, war er es doch, der zu dem ganzen außenpolitischen Kurs Belgiens seit der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages den Anstoß gegeben, der beinahe zum Konflikt mit Holland über die Wieringen-Frage getrieben, sich in England gründlich unbeliebt gemacht hat und schließlich 1921 aus dem Amt schied, weil es dem energischen Auftreten der sozialistischen Minister gelang, die Durchfuhr französischen Kriegsmaterials über Belgien nach Polen, das damals im Kriege mit Russland stand, zu verhindern. Immerhin wird behauptet, daß Herr Hymans in den letzten Jahren, wo er belgischer Vertreter im Völkerbund war, manches gelernt und viel Wasser in seinen francophilen Wein gegossen hat. Angefeind der heftigen Angriffe, die die franco-belgischen Überpatrioten jetzt gegen ihn richten, möchte man diese Behauptungen nicht ohne weiteres bestreiten.

Von den anderen Personalveränderungen sind zwei hervorzuheben. Im Arbeitsministerium wird Moyersoen durch Thévenot, einem christlichen Demokraten und flamenfreundlichen Wallonen, ersetzt. Dieser Ministerwechsel bestiegelt die vollständige Niederlage der Offensive gegen den Arbeitstag. Herr Moyersoen war es, der diese Offensive führte und sich und seiner Regierung dafür eine schwere Schlappe in der Kammer zuzog. Die Ministratschaft Thévenots bedeutet, daß an dem Arbeitstag nicht mehr gerüttelt werden darf. Die Arbeiterklasse darf mit diesem Wechsel also zufrieden sein; er besiegt ihren Sieg in diesem schweren Kampfe, dessen Interesse weit über die Landes-

grenzen hinausreicht. Auch für die Flamen bedeutet der Eintritt Thévenots eine gewisse Genugtuung.

Die andere bemerkenswerte Änderung ist die Ernennung des katholischen Flamenführers Poulet zum Minister des Innern. Stelle des Liberalen Berryer. Diese Ernennung hat am meisten dazu beigetragen, die Katholische Partei, die während der Kriegszeit bedenklich näherläufig, schließlich mit dem neuen Kabinett zu versöhnen, zumal es der Minister des Innern ist, die Wahlen "macht". Umsonst hat sie natürlich bei den Liberalen verschuppt.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß das neue Kabinett vom Gesichtspunkt der beiden Gruppen aus betrachtet, die die alte Regierung zu Fall gebracht habe, also der Sozialisten und der katholischen Flamen, immerhin um einige Nuancen besser ist als sein Vorgänger. Damit ist keineswegs gesagt, daß es auch stärker und fester sein wird. Im Gegenteil, das dritte Kabinett Theunis wird sich nur solange halten können, als es eine völlig farblose Politik betreibt und alles vermiedet, was den flämischen Kreis oder der Arbeiterschaft unangenehm ist. Das gilt für die anwähige und für die innere Politik.

England für praktische Abrüstung.

SPD London, 18. März. (Eig. Druckber.)

Die Regierung hat sich entschieden, den Plan für den Ausbau der Flottenbasis in Singapore, wie er von der Regierung Baldwin aufgestellt wurde, nicht durchzuführen. Der parlamentarische Sekretär der Admiralsität, Ammon, erklärte am Dienstag im Unterhaus, daß die Regierung mit besonderer Gründlichkeit auch unter Berücksichtigung der strategischen Gesichtspunkte den Plan nochmals überprüft hat und nach eingehenden Besprechungen mit den übersessischen Regierungen den Dominien zu dem Entschluß gekommen sei, den Ausbau von Singapore zu unterlassen. Ammon fügte hinzu, daß die Regierung sich in erster Linie von der Verteidigungsstellung zu diesem Entschluß habe leiten lassen. Sie wolle der Welt zeigen, welche Opfer sie dem Wunsch auf Abrüstung bringe. Feder Anschein einer offensiven Politik oder einer Provokation ausländischer Mächte müsse vermieden werden. Später nahm auch Macdonald die Worte. Er begründete ebenfalls die Entscheidung der Regierung und erklärte, daß Singapore bereits völlig ausreichende Häfen besitze. Eine gewisse Erweiterung des Hafens sei zwecklos und zu umgehen. Immerhin dürften diese kleinen Ausbauteile die Vereinbarungen der Washingtoner Konferenz stören. Für den Fall, daß große Marinestützungen im Stillen Ozean aufgestellt würden, wäre vom Standpunkt der englischen Marine aus natürlich Singapore der Platz, an dem größere englische Dockanlagen errichtet werden müssten.

Die türkische Nationalversammlung hat die ersten siebenzehn Artikel der neuen republikanischen Verfassung angenommen. Der Artikel zehn dieser Verfassung verleiht das Wahlrecht an Männer und Frauen, die das 18. Lebensjahr überschritten haben.

Der ausgebauschte Zeignerstand.

Die Anklage fürwurpft zusammen.

SPD Leipzig, 18. März. (Eig. Druckber.)

Im Zeigner-Prozeß begann die Dienstagsitzung mit der Erörterung des

Falles Brandt.

Der Angeklagte Möbius bestreitet auch hierbei jetzt die von ihm beim Untersuchungsrichter gemachten Angaben, als ob er von Brandt für Dr. Zeigner ein geschlossenes Kuvert mit dem Geschäft und 5000 Mark erhalten habe. Das Geld soll in einem offenen Koffer gewesen sein und ist von Möbius selbst behalten worden. Auf Brandts Vorschlag führen sie beide später nach Dresden, um bei Dr. Zeigner vorstellig zu werden. Möbius sucht Dr. Zeigner in dessen Wohnung auf und hat ihn, ins Café Lippold zu formen. Dr. Zeigner weigerte sich anfangs. Zwei Summen von 10.000 und 7000 Mark, die Brandt bei dieser Gelegenheit Dr. Zeigner zuwenden wollte, hat Möbius für sich behalten. Als Brandt verhaftet wurde, fuhr Möbius nach Dresden zu Zeigner. Dieser verfertigte den Entwurf eines Gnadenbriefes, das Frau Brandt dann Dr. Zeigner überreichte. Nachdem Brandt später auf freien Fuß gejagt war, gab er Möbius zwei Zentner Mehl, einen Zentner für ihn und einen für Dr. Zeigner. Möbius verkaufte aber den für Zeigner bestimmten Zentner Mehl an Frau Dr. Zeigner für 320 Mark. Hinterher erhielt er noch 10 Zentner Mehl. Später vermittelte Möbius noch eine Begegnung Zeigners mit Brandt in Leipzig. Hier übertrug Brandt Dr. Zeigner auf der Straße ein Paket mit einer Gans. Dr. Zeigner weigerte sich, die Gans anzunehmen und sagte zu Brandt: „Machen Sie keinen Unsinn.“ Um kein Aufsehen zu erregen, nahm Zeigner lieber die Gans, übergab sie aber sofort dem Angeklagten Möbius. Diese Angaben des Angeklagten stimmen mit seinen Aussagen, Dr. Zeigner bestreitenden Aussagen nicht überein. Der Angeklagte erläutert, daß er jene ersten Aussagen unter der Einwirkung der Haft (er ist auch wirklich, nachdem er seine bestreitenden Aussagen gemacht hatte, aus der Haft entlassen worden) und unter dem Einfluß des Untersuchungsrichters Fiedler und des Rechtsanwalts Dr. Melzer gemacht habe. Bei den letzten Vernehmungen hat Möbius dann die gleichen Aussagen wie jetzt vor dem Gericht gemacht. Er erklärt, damals Dr. Zeigner absichtlich belastei zu haben, um sich zu entlasten. Charakteristisch für den Wert der früheren Aussagen des Möbius ist folgende kleine Episode: Aus dem Gans-Paket, das von Brandt Dr. Zeigner weiterteilt wurde, sollten die Gänselfüße herausgezogen haben. Frau Brandt aber versicherte, daß jener Gans die Beine abgehackt waren. Der Angeklagte gibt heute zu, daß er durch diese Einzelheit keine Verantwortung um so glaubhafter machen wollte. Selbst dem Untersuchungsrichter gegenüber hatte Möbius seinerzeit bestreitlich aus Verhahl erklärt: „Es geht jedem Menschen so, er kann mit einer bestimmten Zeit des auf dem Gewissen hat, was er drägt, dann muß er die Wahrheit sagen.“ Die Vernehmung Dr. Zeigners zum Fall Brandt deutet sich im allgemeinen mit der Darstellung des Möbius.

Nun sollte die Vernehmung des Zeugen Brandt folgen. Durch Krankheit ist er jedoch am Erscheinen verhindert; eine Aussage wird deshalb verlesen. Er hat vor dem Untersuchungsrichter im großen und ganzen die Darstellung Möbius und Dr. Zeigners vor der Begegnung im Café Lippold bestätigt. Er bestreit damals nicht die Möglichkeit, daß Dr. Zeigner wirklich eine Bewegung gemacht habe, als wollte er das Kuvert mit dem Geld nicht annehmen. II. a. erklärte er, daß er den Eindruck habe, Dr. Zeigner vermutete in dem Kuvert Geld, auch daß er es sah. Auch soll Zeigner auf die Worte des Zeugen: „Kümmern Sie sich doch um meine Sache“, mit einem „Rowohl“ geantwortet haben. — Auf der weiteren Verlehung der Aussage des Zeugen Brandt geht hervor, daß er nach Verhahl durch Dr. Zeigner sehr in Gegenwart des Untersuchungsrichters seine Darstellung die zum Teil mit den Aussagen Dr. Zeigners nicht übereinstimmt,

geändert hat, so u. a. die belastende Behauptung in bezug auf das Zusammenleben im Café Lippold und über die Empfangnahme der Gans. Er blieb aber trotz mehrmaliger Verhahlung durch den Untersuchungsrichter immer wieder dabei, daß er außer den beiden Männern nicht mehr Dr. Zeigner gesehen habe.

Nach der Mittagspause macht Rechtsanwalt Dr. Grau, der mit Dr. Zeigner intim befreundet war und auch ihm als Anwalt zur Seite stand, seine Aussage. Dr. Zeigner hat ihm seines Schweregebots entbunden. Er bestreitet, daß er, als von Minister Dr. Neu über die schweren Anschuldigungen gegen Dr. Zeigner erhoben worden waren, Kenntnis erhalten habe, er der Ansicht war, daß im Interesse der Partei und der Öffentlichkeit sofort Schritte zur Klärung der Angelegenheit unternommen werden müßten. Den Montag darauf erschien Zeigner in unaubllicher seelischer Verfassung bei ihm. Er riet ihm, seinen Mandat wiederzulegen und sich dem Staatsanwalt zur Verfügung zu stellen. Auch am nächsten Morgen, als er zu ihm kam und unverkraft wieder in Weinen ausbrach, gab er ihm denselben Rat. Am 20. November erhielt ich dann die Nachricht vom Staatsanwalt, daß Zeigner sich noch immer nicht geteilt habe. Darauf schrieb er ihm einen scharfen Brief. Als er dann am 23. aus Hamburg zurückkam, erfuhr er, daß Zeigner bereits vernommen war. Er glaubte befürchten zu müssen, daß unter den feindlichen Zuständen, in dem sich Dr. Zeigner befand, eine Verneinung gefährlich für ihn sein könnte.

Auf die Aufforderung des Verteidigers erklärt der Angeklagte, daß er unter keinen Umständen Dr. Zeigner das, was ihm zu Last gelegt wird, zugestanden hätte. Als ihm davon erzählt wurde, empfand er es als Beleidigung ihm gegenüber. Auf die Frage des Verteidigers Dr. Frankl gibt der Zeuge ein Gebräu mit dem Staatsanwalt Fiedler wieder, der ein äußerst feindsliches Verhalten gegen Dr. Zeigner zur Schau trug. Er meinte: Wir werden ihm schon heimzahlen für seinen Republikanischen Ritterbund. Solch eine Korruption ist ja nur in der Republik möglich. Von diesem Gebräu machte der Zeuge sofort dem Justizminister Dr. Neu Mitteilung. Mit Dr. Zeigners Sache wurde darauf ein anderer Beamter beauftragt. Auf die Frage der Verteidigung charakterisierte der Zeuge Dr. Zeigner als einen etwas ängstlichen Menschen.

Als folgender Zeuge wird

Staatsanwalt Fiedler

vernommen. Er erzählt, wie er Möbius immer wieder veranlaßte bei der Wahrheit zu bleiben und nur das auszuladen, was er vor seinem Gewissen verantworten könne. Möbius hat aber immer nur das zugegeben, was ihm von den Zeugenaufrägern vorgehalten wurde. — Es folgt eine dramatische Szene. Dr. Grau hält dem Staatsanwalt die Führer von ihm dem Gericht mitgeteilte Neuauflistung vor. Staatsanwalt Fiedler verneint entschieden die Neuauflistung geben zu haben.

Als nächster Zeuge folgt Rechtsanwalt Dr. Melzer. Er beginnt seine Aussagen mit der Feststellung, daß ihm die Beadadigungsdroge von Dr. Zeigner äußerst eigenartlich vorkam. Von verschiedenen Mandanten bekam er zu hören, das mehrheitlich Zeigners Freunde waren. Beadigungen durchzudrücken. Er wollte nicht daran glauben, fuhr aber eines Tages nach Dresden und stellte fest, daß in dem Vorzimmer des Richters sich Menschenmassen stauten. Als dann der Zeuge Zeigner einzulassen begann, die Menge stieß gegen ihn. Als dann der Zeuge Zeigner in die Zelle mit den Aussagen Dr. Zeigners nicht übereinstimmte,

Die Sitzung wird schließlich um 7½ Uhr abgebrochen. Die nächste Sitzung findet am Mittwoch 9 Uhr morgens statt.

Was die Arbeitgeber wollen!

Wer das Treiben der organisierten Unternehmer in Deutschland an allen Ecken und Enden, bei allen Gelegenheiten, bei den Verhandlungen mit den Gewerkschaften, in den Fraktionszimmern der Parlamente, auf den Hintertreppen der Ministerien und in der Presse aufmerksam genug beobachtet, der kann über das, was die Arbeitgeber wollen, mit wenigen Worten Auskunft geben: sie wollen die uningeschränkte Macht in den Betrieben zum Zwecke ungehemmter Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten wieder an sich bringen! Wenn die Sache so einfach und klar ist, dann ist es nicht verwunderlich, daß die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände vier große Drucksachen eines Flugblattes nötig hat, um — zu verborgen, was die Arbeitgeber wollen. Denn nur dieses ist der Zweck eines an die „gesamte deutsche Arbeitgeberhaft“ gerichteten Flugblattes, mit dem anscheinend die in der Vereinigung führenden Schachmacher anderen Gruppen von Unternehmern, denen unsere Wahrheit gemäße, aber ein bisschen brutale Formel nicht behagen würde, die mitgeteilten Ziele der Vereinigung appetitlich machen wollten. Das Flugblatt, das die Überschrift unseres Artikels trägt, ist aber auch benutzt worden, um die Reichstagsabgeordneten „aufzulären“ über das, was die Arbeitgeber wollen; es war einem abermals vier Seiten füllenden Anschreiben an die Mitglieder des Reichstages beigegeben, das sich mit der sozialdemokratischen Interpellation vom 21. Februar beschäftigt. Die Interpellation deckt, wie erinnerlich ist, auf, was die Arbeitgeber wollen; sie bezog sich auf den gegenwärtigen Kampf der Unternehmer gegen die Sozialgesetzgebung und gegen die Arbeiterklasse, der eine Art Aushungerungsblockade darstellt.

Das Anschreiben ist langweilig, aber die Beigabe ist um so softer. Sie enthält einige Dinge, die wert sind, denn allzu schnellen Vergessen, diesem schlimmsten Uebel der jüngsten Gegenwart, entfliehen zu werden. Und zwar darum, weil diese Dinge geeignet sind, dem, der nicht so schnell vergisst, sondern frühere Vorgänge mit der gegenwärtigen Haltung der Unternehmer zu vergleichen vermag, das Charakteristik des deutschen Unternehmertums durch einige recht markante Striche zu ergänzen.

Da ist zum Beispiel zu lesen: „Als im November 1918 die deutsche Wirtschaft unter dem Druck der Verhältnisse gegen ihre innere Überzeugung und gegen die bessere Wirtschaftswirklichkeit die auf schwankendem Boden aufgebauten Sozialpolitik mitmachte, war die tägliche Arbeitszeit im allgemeinen zwischen neun und zehn Stunden.“ Mit dem „Sprung zum schematischen Achtstundentag“ habe dann das Unheil seinen Anfang genommen. Dann folgte das „Hinaufschrauben des Lohnniveaus“, bis es schließlich, wie wir anerkennen wollen, unterhalb des Existenzminimums lag. Rückgang der Produktion und Verleutung der Waren seien, fährt die Vereinigung fort, die schwerwiegenden Folgen dieser Wirtschafts- und Sozialpolitik, die auf solche Weise angebahnt wurde und die dann weiter folgte, gewesen. Mit dieser „Erkenntnis“ sei man „zu der ersten Hauptquelle der Inflation und des deutschen Währungs- und Wirtschaftsverfalls durchgedrungen“, zu der Quelle, „die wir bei größerer Einsicht und Energie überhaupt nicht hätten zu erschließen brauchen oder bald wieder verschließen können“. Das Verfailler-Diktat sei erst die „zweite Quelle“ gewesen, was nichts anderes besagt, als daß der schlimmste Feind des deutschen Volkes in seiner Mitte hausst und in den Gewerkschaften vertreten ist, sofern man überhaupt von solchen Feinden reden will.

Doch das nur nebenbei. Wichtiger ist, angehts eines solchen überlegen tuenden Gededes und gegenüber dieser Verdrehung der Wahrheit daran zu erinnern, daß doch die Grundlage zu dieser ganzen angeblich so unheilsamen Wirtschafts- und Sozialpolitik gar nicht in der Gesetzgebung, sondern im Arbeitsgemeinschaftsvertrag bestanden hat. Den aber haben die Unternehmerverbände im November 1918 unterschrieben. In ihm war alles bereits enthalten oder zum mindesten angedeutet, was später auf dem Wege der Gesetzgebung sozialpolitische Wirklichkeit geworden ist, und der Achtstundentag stand dabei weit im Vordergrunde. Die Unternehmer haben also selbst mit ihrem Willen die „erste Hauptquelle“ des Unheils erschlossen. Aber sie haben es, wie die Leute behaupten, „unter dem Druck der Verhältnisse und gegen ihre innere Überzeugung“ getan.

Diese nachträgliche Auslegung stellt also die Unterschrift der Unternehmer als eine Lüge hin. Und damit glaubt wohl die

Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände die Haltung der Unternehmer moralisch zu rechtfertigen.

Die Gelegenheit wird von der Vereinigung sodann benutzt, um von neuem die härtesten Angriffe gegen den „staatlichen Bürokratismus bei der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen“ und „gegen das Tarif- und Lohndiktat der Schlichtungsausschüsse und staatlichen Behörden“ zu richten. Seit fünf Jahren scheitert das Unternehmertum gegen diese „Zwangswirksame“ der Schlichtungsbehörden zur Wehr.

Auch das ruft Erinnerungen wach. Rümlich die, daß die Unternehmervertreter im Reichswirtschaftsrat bei der Beratung des Entwurfs zur Schlichtungsordnung für einen sehr weitgehenden Schlichtungszwang eingetreten sind. Mit Begeisterung stimmte damals das gesamte Unternehmertum dem Anrufungswang des berühmt gewordenen § 55 des Entwurfs zu, nach dem Arbeitseinstellungen vor dem Tätigwerden der Schlichtungsbehörden verboten sein sollten, während sich die Gewerkschaftsvertreter im Reichswirtschaftsrat bemühten, die Zwangsvorschriften nach Möglichkeit zu mildern. Auch das ist ein Beweis dafür, daß die wilden Kämpfe, die das Unternehmertum heute gegen die Zwangsschlichtung und gegen den angeblichen Tarifzwang führt, innerlich unwahr und gegen ein ganz anderes als das vorherige Ziel gerichtet sind, nämlich gegen die Tarifvertragsidee überhaupt.

Die Vereinigung erinnert in ihrem Flugblatt auch an dieser Stelle wieder an den November 1918. Damals habe sich — in dem Novemberabkommen — die Arbeitgeberhaft „dem Grundzah des Tarifvertrages unterworfen, zum Teil mit Widerstreben...“ Aber man hoffte auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaften die Schwierigkeiten, die zu diesem Widerstreben den Anlaß gegeben hatten, überwinden zu können. Auch diese Hoffnung sei durch die nachfolgende sozialrechtliche Gesetzgebung vernichtet und damit sei die Arbeitsgemeinschaft zerstört worden.

Das Unternehmertum hat also erwartet, die Arbeiterklasse würde sich durch die Gründung der Arbeitsgemeinschaft bewegen lassen, von ihrer politischen Überlegenheit keinen Gebrauch zu machen und auf die Sicherung der sozialpolitischen Errungenschaften in gesetzlicher Form zu verzichten. Das Unternehmertum hätte sodann seine nach und nach wachsende Erfahrung benutzen und von den Zugeständnissen des Vertrages eines nach dem andern ignorieren, also „die Schwierigkeiten überwinden“ können. Das also war, mit Unternehmern gesehen, der Zweck des Novemberabkommen.

Dass die Gewerkschaften einen solchen Zweck mit dem Abkommen keineswegs verbunden wissen wollten, hat die „Gewerkschafts-Zeitung“ des ADGB, soeben Herrn Professor Herkner sehr energisch auseinandergesetzt, der — wie interessant! — fast gleichzeitig im „Arbeitgeber“, dem Organ der Vereinigung, die gleiche Aussicht vertreibt. Auch er behauptet, der Grundsatz des Abkommens sei gewesen, „die zivile und militärische Bürokratie möglichst auszuhalten und den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens auf Basis der freien Selbstverwaltung der Beteiligten durchzuführen“. Dann aber sei an die Stelle dieser freien Selbst-

verwaltung eine Fülle von sozialpolitischen Gesetzen getreten. Herkner zählt alles auf, was an sozialpolitischen Gesetzen seit 1918 entstanden ist, von der Erwerbskassenfürsorge bis zum Achtstundentag, und verwirft alle diese „gesetzlichen Veränderungen“, die aus „sozialer Verachtung aller ökonomischen Gesetzmäßigkeiten“ entstanden seien, in Busch und Bogen.

Wir erblicken in der Tatjache, daß ein Mann des Katheders zu den kriegerischen Texten der Scharfmacher zur rechten Zeit die wissenschaftliche Melodie macht, eine überzeugende Bestätigung der Aussicht, daß in der herrschenden Ordnung dem Kapital alles zum Vorteil gereicht. Auch die Wissenschaft. Dem Herkner spricht dort — ob mit Recht oder Unrecht, ist seine Sache — im Namen der ganzen Wissenschaft. „Niemals“, ruft er aus, „hatten Sozialreformer und gelehrte Sozialpolitiker bei uns eine derartige Entwicklung (wie Herkner sie zuvor beschrieben hat) gefordert.“

Das Flugblatt der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände aber erklärt zum Schlus, der Kampf der Unternehmer gegen die sozialrechtliche Gesetzgebung habe nur den Zweck, „wieder den Beden für eine neue Arbeitsgemeinschaft zu gewinnen.“

Das klingt wie eine Verhöhnung der Arbeiterklasse, hat aber eine tiefe Bedeutung. Das Unternehmertum verfolgt das Ziel, die sozialpolitische Gesetzgebung zu verschaffen, um in einem neuen Abkommen den Arbeitern und Angestellten in einer für sie möglichst ungünstigen Situation das gnädig zu gewähren, was es für angemessen hält. Das ist es, „was die Arbeitgeber wollen“! Daraus ergeben sich für die Arbeiterklasse zwei Aufgaben: Die Stärkung der Gewerkschaftsbewegung und die Wahl einer starken parlamentarischen Vertretung zum Schutz des Rechtes der sozialpolitischen Gesetzgebung und zu ihrer weiteren Förderung. Zeigt doch die Wut der Unternehmer, daß wir in den letzten Jahren im allgemeinen auf dem rechten Wege waren.

Lohnbewegungen in Frankreich.

SPT Paris, 17. März. (Eig. Drahtbericht.)

Die Pariser Handelsgehilfen sind in eine Gehaltsbewegung eingetreten. Eine von den der CGT angehörenden Organisationen einberufene und von etwa 5000 Angestellten besuchte Versammlung hat beschlossen, außer einer Erhöhung der Teuerungszulagen die Gewährung einer besonderen Ortszulage für Paris für die Neipfektion des Achtstundentages einzutreten.

Die Chauffeure der Pariser Automobilisten haben für Montagabend einen Proteststreik gegen die von der Stadt beschlossene Erhöhung der Standzeitzulagen beschlossen.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Heimat Heinrich Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co. — Sämtlich in Lübeck.

Lübecker Volksbote.

Hiermit bestelle ich den „Lübecker Volksboten“ mit der achteiligen illustrierten Kupfersieddruckbeilage „Volk und Zeit“ bei freier Zustellung ins Haus.

Name: _____

Wohnung: _____

(Preis siehe am Kopf der Zeitung.)

Bei späßer Haut
rauhen, roten, aufgesprungenen Händen verblüfft KOMBELLA-CRÈME durch die schnelle wohltuende, heilende, verjüngende Wirkung.
13712) Es gibt nichts Wirksameres als
KOMBELLA
KOMBELLA-CRÈME

Die letzte Grünwettersbach.

Roman von Oswald Bergener.

22. Fortsetzung.

„Ich sehe es noch wie heute,“ hörte sie ihn dann nach einer kleinen Stille sagen, mit verändertem Ton, wie der Gegenwart entrückt, „mir zingen sie und ich, in einem ganz anderen fernnen Gebiete von der belebten Fahrtstraße ab in einen Promenadenweg im Tannenwald hinein. Wir hatten uns auf dem ganzen Spaziergange herrlich unterhalten, eines Denkens und eines Empfindens, als wären wir von jeher so auf gleicher Bahn gewandert. Der süsse Waldweg nahm führte den Berg hinunter; wie aus geheimem Versteck heraus blühten wir aus der Tannenöffnung über die verstreuten Villen im dichtgrünen Tal hinweg gegen die violettblau leuchtet riesige Bergwand weit drüber. Hier in der Tannenfülle bot ich ihr das Du an. Sie nahm es erfreut auf. Dann hatte sie sich umfaßt und besieglete das Du mit vielen Küschen. Sie gab sie mir redlich wieder. Dann sagte sie heiz erztet: Ich hätte nie gedacht, daß du mit deinem Ernst so leidenschaftlich sein kannst. Schon am nächsten Tage reiste sie ab. Wohl haben wir uns später gezeichnet. Aber als sie mich einmal in einem Briefe — vielleicht im sicherem Glauben an mich und vielleicht, um sich mir nur teurer zu machen — von irgendeinem anderem zu unterhalten begann ward das, was Auge in Auge wohl recht verstanden wäre, ein betrüblich gefährliches Spiel. Missverständnisse klangen scharf auf, Schrecken — und plötzlich verschant sie in Schweigen. Das schien mir nur eine Bestätigung, daß sie meiner Freundschaft überdrüssig geworden sei. Wohl lang nach Jahren einmal ein verlorener Gruß zwischen ihr und mir herüber und hinüber. Allein wie sehr auch das Herz auf keine Bedeutung horchte, es wagte nicht mehr, die versunkene Wärme darin zu suchen, und blieb zurückhaltend in seiner Erwiderung. Dana kam es ganz wieder ab. Und Gewißheit und Vergessenheit kamen und deckten ihren Mantel darüber. Da lief eines Abends, just als die Sonne unter blutenden Wolken verank, ein Telegramm ihrer Mutter bei mir ein, das mir kurz ihren Tod melden. Uta Berghausen im Schatten lautlos verpunkt! Es kam wie ein Blitz aus dunklem Horizont.“

Er brach ab. Zwischen ihnen im warmen, goldenen Spiel der Sonnenstrahlen und der Schatteninseln lag ein bedrückendes Schweigen.

Doch riß er sich dann rasch und energisch daraus los. Und während seine eben noch in unsichtbare, dunkle Gründe verlorenen Augen sich wieder ganz voll Leben und Wärme ihr zuwandten,

sagte er mit wiedergewonnenem Lust und Teilnahme an ihren Gedanken:

„Augenblickseindrücke sollen uns nicht verleiten zu Augenblidsentschlüssen, Gott, das ist das Weisheitsprinzip meiner Gedanken! Also stellen wir uns kühl und besonnen ans Steuer unseres Schifflein und fahren über den Strudel, mit dem Auge fest am Kompass und der Hand fest am Rad. Sehen Sie, da liegt just auch unter Dampfer an, daß wir's gleich praktisch studieren, wie's der Schiffer treibt.“

Er fühlte noch einmal ihre Gläser.

„Ich seh's am Glanze Ihrer Augen und dem Lächeln zwischen Lippen und Nasen“, fuhr er fort, und die Lust des plötzlichen, raschen Aufbruchs zu neuer Fahrt durch des Sees leuchtende Höllepracht zündete in ihrer heiteren Herzen und verleitete sie in unruhig frohen Eifer, „die Zweifel am Kreuzweg sind wie schwarze Raben ausgeflogen und hinter dem Wald verschwunden. Auf was trinken wir? Auf unser Glück!“

Hell und fein, wie Glöckchen, irgendwoher aus leuchtendem Blauhimmel hinter grünen Bäumen, klangen die Gläser zusammen. Und herhaft tranken sie beide des Weines glühendes Blut hinunter.

*

Der Dampfer näherte sich dem Landungssteig vor der großen Reisedrähte. Hinter den rosig leuchtenden fernnen Schreinheiten darüber warf die Sonne im Versinken ihre letzten Goldschleier über die Türme und Dächer der Stadt und verwandelte die Wellenbahn hinter dem Schiffstiel in weithin zitternde, heisglühende Goldslut.

Sie standen auf Deck im Hintergrunde, verdeckt durch die zum Auslegen bereiten Mützahrenden, und betrachteten schweigend das Märchenbild der Stadt, in deren Fenstern die Sonne hundertfache Feuerlämmen entzündete.

Noch hielt sie der Wunsch zurück, das Beieinandersein vor den Zauberbildern dieser faszinierenden Fahrt bis zur letzten Minute zu versäumen.

Die Maschine stoppte, im heftigen Wellenspulen lenkte der Dampfer an die Landungsbrücke.

Plötzlich legte Willtrud die Hand leicht auf seinen Arm.

„Ich werde erwartet“, sagte sie unmutig, „es ist besser, man sieht mich allein.“

Sie streckte ihm die Hand entgegen.

Er ergriff sie mit heftiger Bewegung.

„Wie habe!“ sagte er. Er hielt ihre Hand fest und blickte ihr schwierig in die Augen.

„Leben Sie wohl“, flüsterte sie und stand ängstig vor ihm.

„Sehen wir uns wieder?“ sagte er dringlich und gespannt.

„Ich weiß es nicht“, antwortete sie; ihre Augen hingen wie verzaubert in den seitigen.

„Behalt Sie Gott, mein liebes, wunderliches Rüttel!“ sagte er; in stürmischer Bewegung zog er ihre Rechte an seine Lippen und drückte einen heißen Kuß darauf.

Er fühlte den kurzen, innigen Druck dieser festen, kleinen Hand.

Im nächsten Augenblick hatte sie sich von ihm losgerissen. Eilend, ohne sich noch einmal umzublicken, läbte sie sich zwischen die Mützahrenden, war bereits am Steg, als der Dampfer festgezogen hatte, und verließ als eine der ersten das Schiff.

Als sie sich den Gruppen der mühsig der Landung zuschauenden Spaziergänger näherte versank die Sonne, die Flammen in den Fenstern erloschen, und die Glut an Dächen und Türmen stand.

Aus der plötzlichen blassen Dämmerung trat ihr der Archivrat sehr eisfertig und sehr artig entgegen.

„Endlich, meine liebe Gnädige!“ sagte er mit möglichst freundigem Ausdruck über das Wiedersehen; „wir befanden uns in großer Sorge!“

„Oh, unbefugt! Ich finde meinen Weg!“ erwiderte Willtrud heiter und unbefangen und überließ seiner entgegengestrecten Hand die Fingerknöpfe. „Ich habe bei dem unvergleichlichen Weiter eine Fahrt über den See gemacht. Wer weiß, ob ich ihm jemals wiedersehe. Und Tante Malwine begnügt sich mit kleinen Strandpromenaden. Da mußt ich mir selbst zu helfen suchen. Das ist alles.“

„Ja, aber“, wandte er bedenklich ein, „ich fürchte, Sie haben sich damit recht viel Unwillen gezeugt; als Ihr aufrichtiger Freund bin ich sehr betrübt darüber.“

„Das tut mir um Ihren Willen leid“, antwortete Willtrud, denn sie fühlte wohl die aufrichtige Sorge aus den Worten des freundlichen Herrn, der sich redlich mühte, es nach seiner Seite zu verhindern, „aber ich habe Herzliches mit meinen Augen gesehen und in meine Seele eingedrungen und nehme es als unerlässlichen Sonnenstrahl mit zu Ihren Schwestern in die Fremde, die mir, wie Sie begreifen werden, noch dunkel erscheint wie eine unentschleierte Nacht.“

Der Rat horchte hoch auf.

„Wie sagten Sie, meine Gnädige?“

Nun ja, ich sage Ja und Amen. Ich bin bereit, mich unter Ihrem freundlichen Schutz nach Burg Mordekk zu begeben, und zwar nun je eher, je lieber.“

(Fortsetzung folgt.)

Amtlicher Teil

Schifferprüfung.

Gemäß den Bestimmungen des Senates über die Ausstellung von Schifferpatenten für die Schifffahrt auf der Elbe und dem Elbe-Canal vom 4. Februar 1901 wird demnächst eine Prüfung von Personen stattfinden, die als Flößkäfer oder als Schiffsflößer die genannten Gewässer befahren wollen.

Anträge um Zulassung zur Prüfung sind bis zum 31. März 1924 dem Polizeiamt einzureichen; den Gefüchen sind beizufügen:

- a) ein kurz gefasster Lebenslauf;
- b) ein vorzeigbares Unbescholtenheitzeugnis;
- c) der Nachweis über eine mindestens zweijährige Beschäftigung in der Flussschiffahrt auf der Elbe und dem Elbe-Canal. (18788)

Lübeck, den 18. März 1924.

Das Polizeiamt.

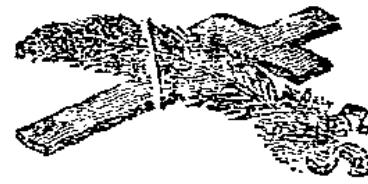
Öffentliche Versteigerung

am Freitag, dem 21. d. Mts. vorm. 9 Uhr, sollen im Gerichtsgebäude versteigert werden:

- 1. Partie Kaffeeservice, Tassen, Sekt, Rognac Wein, 25 Kr. Bierfeld, 1 Büfet, 1 Sofa, 1 Chaiselongue, 1 Delgemälde, 1 Leppich, 1 hohe elektr. Leuchte, 1 Schreibtafel usw. m. m. (18747)

Das Gerichtsvollzugsamt.

Nichtamtlicher Teil



Am Montag, 17. März 1924, starb nach kurzen schweren Leidens mein lieber Mann, unser lieber Vater, Schwiegervater u. Großvater, der Korbmechaniker.

Heinrich Grönig
im Alter von 68 Jahren. In tiefer Trauer:

Frau Grönig, geb. Stuck, verm. Fischer, Paul Grönig und Frau, geb. Kellermann, Ernst Grönig und Frau, geb. Panek, Heinrich Grönig und Frau, H. Stuck und Frau, geb. Grönig, Alfred Böös und Frau, geb. Grönig, Rudolf Gathar und Frau, geb. Grönig, Gottlieb Howoldt und Frau, geb. Fischer, Hans Thiele und Frau, geb. Fischer.

Stockelsdorf, den 19. März 1924, Ahrensböcker Straße 62.

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 21. März, nachmittags 3 Uhr, vom Friedhof aus statt. (18738)

Nach kurzer schwerer Krankheit entschlief heute mein lieber Mann, unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater,

Ludwig Westphal
im 51. Lebensjahr.

In tiefer Trauer:
Maria Westphal geb. Wamek
J. Olson u. Frau Johanna,
geb. Westphal

Walter Westphal (18721)
Bruno Westphal.
Lübeck, 18. März 1924.

Beerdigung: Sonnabend, den 22. März, nachm. 2 Uhr 30 Min. in der Kapelle des Vorwerker Friedhofs.

St. Gertrud-Liedertafel, Lübeck

Zum 18. d. Mts. wird nach längerem Leiden unter langjähriger Erkrankung der Vater und Ehrenmitglied (18751)

Martin Kuhlmann.

Ehre seinem Andenken.
Scheid. Montag, den 24. März, nachm. 1½ Uhr auf dem Vorwerker Friedhof.

Gemeinsam mit der Witwe um 1 Uhr im Friedhof. Der Vorstand.

Nach langem krankhaften Zustand ertrug er keinen Leidern. Seine mehr lieben Mann, unser lieber Vater, Sohn, Schwager, Bruder u. Großvater

Carl Kuhlmann
im 62. Lebensjahr. Bei bestoernt u. schwerlich verstorben

Magdal. Kuhlmann geb. Johannsen und Standt.

Eltern, 18. März 24 (18749) Begräbniss. 11 Uhr, Vorwerker Friedhof, Lübeck, Montag, 24. März, 1½ Uhr, befehlige Schule, Vorwerk.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Feierabendfeier Lübeck.

Am Dienstag, dem 18. März, veranstaltet unter neuem Kollege

Ludwig Westphal

Ehre seinem Andenken. (18787)

Beerdigung am Sonnabend, dem 22. März, nachm. 2½ Uhr, Vorwerk, Friedhof, Lübeck.

Ortsverwaltung.

Gemeinnützige Bestellungsgeellschaft

Hundestraße 49/51 Fernruf 2451 (18714)

bietet sicherste Gewähr für preiswerte, pietätvolle Ausführung aller Bestellungen.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke anlässlich unserer Vermählung danken herzlich
Gerhard Gottschling
nebst Frau Jenny, geb. Kölle, Bad Schwartau.

Am Montag entstieß nach schwerer Krankheit unsere Tochter (18750)

Gertrud
im 11. Lebensjahr. Sie betrauert u. schmerzlich vermisst von ihren Eltern, Geschwistern und allen Angehörigen
Johs. Peters und Frau geb. Westendorf. Beerdigung Freitag, den 21. März, Trauerfeier 1½ Uhr Kappel Vorwerk.

Sozialdem. Verein 1. Stockelsd. u. Umg.

Am Montag, dem 17. 3. steht unter Genosse (18738)

Heinr. Grönig

im Alter von 68 Jahren. Ehresein. Andenken. Beerdigung findet am Freitag, d. 21. nachm. 3 Uhr vom Brauerh. aus statt. Trepp. d. Gen. 2½ Uhr b. O. Diedrichsen. Der Vorstand.

Für die herzliche Teilnahme beim Hochzeitsempfang untergen. Tochter **Martha Schmidt** geb. Raabe danken herzlich, auch im Namen ihres abwesenden Mannes. (18743) Familie Ludwig Raabe.

Suche für meine Tochter, Thorell, Stellung als Lehrling im Kontor zu Osten d. Sts. Ang. unter C 795 an die Exp. d. Bl. (18727)

Gef. ältere Frau als Haushälter, b. 3 Kindern. Freitag, Bergstr. 18. (18746)

Gef. für einen Nachmittag d. Woche ältere Frau zum Wascheinzelnen. Mädelnes in der Exp. d. Bl. (18732)

Blätterin sucht Beschäftigung in und außer dem Hause. Ang. unter C 801 an die Exp. d. Bl. (18752)

3-Zimmer-Wohnung vor dem Hüttentor geg. gleiche oder gröbere zu rauhigen gerucht. Ang. unter C 794 an die Exp. d. Bl. (18719)

Ein leerer Zimmer u. Küche oder mit Küchenbenutzung von einer älteren Frau gerucht. Nähe Hüttentor. Ang. unter C 799 an die Exp. d. Bl. (18741)

Möbl. Zimmer gefunden. Ang. mit Preis unter C 798 an die Exp. d. Bl. (18736)

Reisender sucht möbl. Zimmer mit zw. Eingang. Ang. unter C 802 an die Exp. d. Bl. (18754)

Jünger Mann sucht einzeln möbl. Zimmer mit zw. Eingang. Ang. unter C 797 a. d. Exp. dieses Blattes. (18731)

1 Sägtelle mit Sprungfedernlage billig zu verkaufen. (18740) Handstr. 19/23, Hof 1.

Ein gut erh. Kinderwagen zu verkaufen. (18735) Bähnstr. 55 i. fl.

1 Herren-Ahrt-Rohmen en. mit Farbezung. in darf. Kettfeld, Lindestr. 71. (18729)

Zu darf. gut erh. gr. Kinderwagen Fr. Bl. 25. (18724) Bähnhoffstr. 93

1 Paar weiße Angestelltenhosen z. darf. Braunerbemerkungsgröße 157. (18725)

Kinderbettstelle zu kaufen gerucht. Ang. u. C 800 an die Exp. d. Bl. (18748)

Gin Blockwagen gesucht Ang. mit Trags. u. Preis unter C 795 an die Exp. d. Bl. (18717)

Zu kaufen gesucht 2 Fach Gardinen. Ang. unter C 793 an die Exp. d. Bl. (18720)

Gefunden 1 Touring nez. G. W. Abzuholen. Passag. Alt. Bahnhof. (18780)

Weiß. u. Buntstifte fertigt an (18726) Meierstraße 9b pr.

Knaben- und Mädchen-Garderobe wird preiswert angefertigt, auch aus alt. (18708) Rosengärtnerei 8III, r.

Erklärung.

In der von der Sozialdem. Partei einberufenen öffentlichen Versammlung Anfang d. J. im Marmorsaal habe ich über die demokratische Partei eine Auseinandersetzung getan, die dahin verstanden ist, daß bei der Bürgerschaftswahl 1921 Mitglieder der demokr. Partei Geld hergegeben hätten, um auf die Wahlstimme zu kommen, um auf ihre bestimmte Plätze zu erhalten. Nachdem ich nun Rücksprache genommen habe mit einem Gewählten, muß ich erklären, daß ich das Opfer eines Mißverständnisses geworden bin und die aufgestellte Behauptung zurücknehme. (18716) Ernst Schermer.

Bringen frische Uhr zum billigen Uhrmacher. (18713) Hundestr. 32.

Sprechst.: S. ½ 10 u. 5-7. Tel.: 31 78. (18722)

Ille-Brüder, westf. Horizonts

jowie sämtl. Brennmaterialien empfiehlt Kanalstr. 156. Henry Helm Fleischhauerstr. 44. Telefon 3411 und 3419. (18749)

Schelm & Wege

Mengstraße 10 (18742)

Gemüsesäucrlein
in zuverlässiger Qualität!

Saatbohnen:

Krusenbohnen von 5 Mk. an p. Pf.

Stangenbohnen . 10 Mk. p. Pf.

12 Vorzugspreise:

Rotwurst in ½-B.-Dosen	45
Gobelbissen in gr. Dosen	65
la. Haxen	5 nur 50
la. Rinds in ½-Z.-Bl.	5. nur 100
Diamantmehl in Beuteln	5. 5 95
la. Delfseife	8 34
la. Kermise, Doppelriegel	18
Blumenwiege	18
Suppenwürfel	12. nur 9
Roggens- und Gerstenkaffee	20 4
Reisgrits	15 4
gelbe Erdbe.	16 4

Johannis-Karl Dreiehnl Johannisstraße 27 (18709)

Geschäftsbücher

Schreibblocks

Rechnungsblocks

Quittungsblocks

Kuverts

Klebemarken

Kellnerbonsbücher

Tinte, rot u. schwarz

Leim, gute Qualität

Bleistifte, Kopierstifte

Federn, Federhalter

zu haben in der (18762)

Buchhandlung

Lübecker Volksbote.

Beitragsmarken

für Vereine und Gewerkschaften

erstellt an und liefern prompt, preiswert und in jeder Ausführung

Buchdruckerei Friede, Meyer & Co.

zu haben in der (18725)

Gas cbm 19 Goldpf. Lichtstrom khw 60, Kraftstrom 27, Wasser cbm 15/30, heizbare Räume mit Leitung 20, ohne Leitung 10 Goldpf. (18728)

Zentral-Theater

Fernruf 1359 und 8956.

Johannisstraße 25.

Ab Dienstag:

Bob und Mary
oder: Vom Straßenhändler zum Bankier.
Ein Großfilm in 5 Akten, der den Aufstieg zweier junger Menschen zeigt und der uns in die Weltstadt London führt.

In den Hauptrollen:

Anton Edthofer, Helga Molander, Leonard Haskell, Paul Blensfeld, Margarethe Kupfer usw.

Eine müßigöse Ehe

Ein Sittenfilm in 5 Akten.

In der Hauptrolle: (18688)

Eugen Klöpfer, Sybill Smolova, Theodor Loos.

3. Bills Schwiegermutter im Gatten

Original-amerikanische Komödie.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband (Ortsgruppe Lübeck).

Achtung!
Versammlung der Herren- und Damen Schneider am Mittwoch, d. 19. März abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 19. März.

Immer.

Unzählbare Hände
überall.
Unzählbare Füße
jubeltoll.
Warum, warum nur bleibt
ringsum der Gross?
Ein Häher quiekt:
Erfroren
vor Herzenstoren!

Immer kann Wer helfen
aus der Not.
Jedes Hungers wartet
immer Brot.
Warum, warum nur schart
sich müd der Tod?
Ein Spaten knarrt:
Erfroren
vor Herzenstoren!

Hans Frank.

Schiffssicherungen. Das Polizeiamt veröffentlicht im amtlichen Teil eine Bekanntmachung über die Prüfung von Fluss- und Schiffsführer auf Elbe und Elbe. Wir machen die Interessenten hierauf besonders aufmerksam. Besuche müssen bis zum 31. März einzereicht sein.

Bereinfachter Umtausch unbenutzter Fahrkarten. Seit der Inflationszeit wurden Eisenbahnfahrkarten, die an der Sperrte noch nicht gelöscht waren, nur am Lösungsbogen zuverlässig genommen, während für jede andere Fahrkarte, die man etwa erst am nächsten Tage untersuchen wollte, ein Erstattungsantrag an das zuständige Verkehrsamt gerichtet werden musste. Um den Reisenden unnötige Kosten und Schreibereien zu ersparen und auch zur Entlastung des Verkehrsamtes hat sich die Reichseisenbahndirektion damit einverstanden erklärt, daß unbenutzte und ungelochte Fahrkarten wie früher innerhalb ihrer Gültigkeitsdauer (d. h. also vier Tage einschl. Lösungstag) ohne weiteres an den Fahrkartenabschaltern, bzw. in den Reisebüros, wo sie gekauft wurden, umgetauscht werden.

Me. Rückkehr. Elternabend der Rückkehrer. Auf Einladung des Lehrerkollegiums der R. B. Sch. versammelten sich eine zahlreiche Schar von Eltern und Freunden, um Gelegenheit zu nehmen, sich von den Arbeiten ihrer Lieblinge außer dem von der Schule bedingten Lehrplan zu überzeugen. Von vornherein kann ich berichten, daß es ein schöner und gelungener Abend gewesen ist. Die zwei Szenen aus "Wilhelm Tell", unter Regie des Herrn Lehrer Hermann, wurden begeistert von den Schülern der 1. Klasse gespielt. Auch die darauf folgenden Vorträge und mehrstimmigen Chöre gaben Grund, daß keine Arbeit und Mühe geschenkt wurde, um diesem Abend einen besonderen Gepräge zu geben. Die turnerischen Vorführungen bewiesen, daß auch für die körperliche Erziehung der Jugend erfolgreich gearbeitet wird. Die verschiedenen im Laufe des Abends gebrachten Vorträge der Rückkehrer Lehrerchaft zeigten, daß auch unter ihnen ein gesunder Humor steht. Man erstaunt aus allem, was Lehrer und Schüler ein anderes Band umschliefst, als das, was man im "Flachsämann als Erzieher" so gut dokumentierte. Aus allem erstaunt man, was mit Liebe und Verstehen auch aus den Kindern der Volkschule herauszuholen ist. Zu empfehlen wären diese Art Veranstaltungen an einem Sonntag nachmittag abzuhalten und im Sommer im Waldhäusern Gehölz oder am Dümmerdorfer Strand.

Neue Mieteerhöhung in Sicht.

Vorersetzung in Preußen. — Was sagen die Mieter?

In einem Artikel im "Vorwärts" teilt Genosse Dr. Zug-Bogner mit, daß auf einer vom preußischen Wohlfahrtsminister übersehenen Konferenz zur Beratung des Wohnungsproblems der Staatssekretär Scheidt über die auf Grund der dritten Steuernotverordnung für den 1. April vorgelegten Mieteerhöhungen Mitteilungen mache. In ganz Preußen soll nach am 1. April 1924 die Miete von 33 Prozent auf 67,5 Prozent der Friedensmiete gesteigert werden. Das bedeutet, auf einen Schlag also mehr als eine Verdoppelung der Mietsätze. Von den 7,5 Prozent sollen die Hausbesitzer 42,5 Prozent und der reichsdeutsche Staat 25 Prozent erhalten. Die Gemeinden sollen außerdem das Recht haben, noch ihrerseits Zuschläge an den Staatsräumen erheben zu dürfen.

Die dritte Steuernotverordnung beginnt zu wirken! Die reichen Massen der Lohn- und Gehaltsempfänger, die schon jetzt mit ihren kargen Löhnen weder aus noch ein wissen, sollen auch die Kosten des Stabilisierungswerkes aufbringen.

Uebrigens ist es interessant zu wissen, wie der Staatssekretär inerzeit über die Fragen der Wohnungswirtschaft geurteilt hat. Scheidt sagte: Die Zwangswirtschaft ist ein notwendiges Übel, und es kann nur gefragt werden: Wie und in welchem Tempo bauen wir sie ab? Es ist auch eine Erfahrung, wenn gesagt wird: beim Vorhandensein von 10 Prozent der Friedensmiete könnte die Baufähigkeit sofort beginnen. Das hat mit der Friedensmiete gar nichts zu tun; die Baufähigkeit kann erst beginnen, wenn Bauen und Geldanlage diejenigen Zweck wieder lohnend geworden sind. Die Neubaustellen betragen heute 135 Prozent des Friedenssatzes, die Zinsen der Kredite betragen das 2,2- bis 2,5fache, und wenn man beides zusammenhält, dann müßte die Friedensmiete um das Dreifache steigert werden, um bauen zu können. Ein hoher Beamter, der über 2000 Mark für seine Wohnung ausgab, müßte 6000 Mark zahlen, während er jetzt nur 4000 Mark Einkommen hat. Daher geht es den meisten anderen Erwerbskreisen. Und daraus geht schon hervor, daß eine sofortige Freiwirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungs- und Mietwesens nicht möglich ist.

Am Sonntag tagte in Berlin der Gesamtvorstand des Deutschen Mieterbundes. Von den zur Annahme gebrachten Entschließungen heben wir folgende hervor:

"Der Vorstand stellt fest, daß große politische Parteien, deren Wähler zu einem erheblichen Teile den Schmerz um ihre Existenz angewandten Volkskreisen angehören, die berechtigten Forderungen

Die deutsche Eiche.

Das allerneueste Lübecker Presseblatt deutsch-völklicher Markart.
Der völkische 8-Stunden-Tag = unbeschränkter Ausbeutungsfreiheit.

Die Wittern-Kompanie hat sich vergesellt. Sie hat den deutschen Eichbaum aufgepflanzt, auf den Finken und Unken hüpfen, um den der Geist Botans, Baldurs und Lotis schwelt. Aus alter deutscher Erde Schöß spricht unwürdige Kraft, quillt der Born neuen Lebens. "Die deutsche Eiche", die völkische Stimme für Lübeck und Umgebung, wird künftig schattenspendend hanfischem Leben den Sauerstoff zuführen und die Stilleit nichtarischer Nassen aussaugen. "Der deutsche Frühling" wird Lübeck und Umgebung zu einem Finkenschlag machen, wie er wonniger nie geschaute, heiterer nie empfunden wurde.

Doch, warum sollen wir uns in das Seelenleben eines frühlingschwanger gehenden Buch- oder Grünfinten verlieren? Rufen wir das Geistesprodukt der Witternkumpanie gleich beim Schlaflichtchen. Es hält nicht schwer, dem reinarischen Winzelschlätzchen die Kehle zu umspannen. Vermischer hätten sich die direkten Abkömmlinge der Cheruster nicht auf der Drehbühne des Lebens produzieren können. Aber wer sie kennt, die Verbündeten der Wölfe und Grace, wer weiß, wie sie singen möchten und nicht können, der hat nicht viel Besseres erwartet. Dr. Fink, der Archivgelernte, zeichnet. Der Kohl selbst ist unbekannter Herkunft. Trostloser, ärmlicher ist uns noch keine Neuerscheinung im Zeitungswesen zu Gesicht gekommen. Trösten wir uns: Keiner gibt mehr als er besitzt und jeder „Kult“ so gut er kann. Der Inhalt: Ein Song an den Frühling, Der Achtstundentag, Lubendorff, Katholizismus, Fremdvölkisches — wenn der Hahn kräht auf dem Mist . . .

So sagt Herr Dr. Wittern und deshalb drückt sein Sing-Sangkint ein Kauderwelsch über den Achtstundentag ab, aus dem kein Werd klagt wird. Nur der bodenständige Dr. Wittern weiß Bescheid. Der deutschvölkische Achtstundentag sieht so aus: Schafe so viel du kannst und schaue so lange du kannst, um das Wohlwollen deines Brotherra zu gewinnen. 8 Stunden sind Grundpflicht und weitere 8 Stunden sieht der „Brotherr“ gern. Du raderst dich dann rechtzeitig ab, bleibst ein grover Bürger und läufst nicht Gefahr, gelegentlich gefüllt zu werden. Höchstens fliegst du als ausgepreßte Zitrone 10 Jahre eher aufs Strafenpfostler. Ins Völkische überzeugt lautet der Vers in der deutschen Eiche:

Der völkische Achtstundentag sieht im Gegensatz zum marxistischen Achtstundentag so aus: Er gilt nur als Normalmaß für die Lohnberechnung und die Arbeitspflicht. Darüber hinaus soll jeder Arbeitnehmer freier Herr über seine Zeit und Arbeitskraft bleiben. Mag er gerne freiwillig arbeiten, soviel sein Körper aushält und er mit seinem Arbeitgeber vereinbart. Sollte ein Gesetz erforderlich sein, so könnte es nur lauten: Kein Arbeitnehmer darf gezwungen werden, länger als acht

der Mieterschaft hinsichtlich der Regelung des Wohnungswesens, insbesondere auch der Mietzinsbildung, nicht nur gänzlich unbeachtet, sondern sogar, zum Teil durch Ausübung des Fraktionszwanges bei den Abstimmungen in den Parlamenten, bekämpft haben. Der Vorstand vertreibt die Auffassung, daß die parteipolitische Neutralität der Mieterbewegung nicht dazu führen darf, daß Freunde und Gegner der Mieterbewegung bei den kommenden Wahlen in gleichmäßig behandelt werden. Er ist vielmehr der Überzeugung, daß die Mieterschaft reitlos darüber ausgestärkt werden muß, wo ihre Freunde und wo ihre Gegner liegen, damit sie ihre Abstimmung danach einrichten kann. Die fünfjährige Zusammensetzung der Volksvertretungen ist entscheidend für das Schicksal des Mietergeschäfts und für die Regelung des Wohnungswesens.

Der Vorstand erwarte deshalb von der deutschen Mieterschaft, daß sie bei den kommenden Wahlen zu den Volksvertretungen die Konsequenzen aus der bisherigen Haltung der politischen Parteien zur Mieterschutzgesetzgebung zieht und die Mieter nur denjenigen Parteien und Abgeordneten ihre Stimme geben, die eine Gewähr dafür bieten, daß sie für die Forderungen der organisierten Mieterschaft mit Entschiedenheit eintreten werden."

Es bleibt beim Achtstundentag!

Im deutschen Baugewerbe.

Im Baugewerbe ist mit Wirkung bis zum 15. November 1924 eine Neuregelung der Arbeitszeit Zustande gekommen. Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt danach ausschließlich 48 Stunden. Auf Anordnung des Geschäftsleiters oder seines Stellvertreter sind innerhalb drei Monaten bis zu 35 Stunden Mehrarbeit zu leisten, wenn ein wirtschaftliches Bedürfnis vorliegt. Die Entscheidung darüber liegt beim Taxisamt. Auf Anordnung des Geschäftsleiters, aber möglicherweise mit der Angestelltenvertretung, sind in Ausnahmefällen Überstunden zu leisten, für welche ein Zweihundertstel des Monatsgehalts mit 20 Proz. Zuschlag, für Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 Proz. Zuschlag bezahlt werden.

Ein gerechtes Urteil über den Achtstundentag.

Wenn man heute die Urteile aus dem Unternehmerlager über den Achtstundentag hört, so drängt sich einem der Eindruck auf, daß sie schon darum ungerecht sein müssen, weil sie eingegangen sind vom krankenlosen Profitstreben der Unternehmer. Da ist es sehr angebracht, wenn man sich eines früher bereits erwähnten sachlichen Urteils eines Unternehmervertreters erinnert, der sich tatsächlich über den Achtstundentag vor dem Wirtschaftlichen Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates zu äußern hatte. Dieser Vertreter der Unternehmer war kein Geringerer als der Direktor der Bremer Querhausgesellschaft, Dr. Deonté. Sein Urteil über den Achtstundentag, das jetzt beim Hafenarbeitskreis und der Werftarbeiterausschüttung wieder aktuelle Bedeutung erlangt hat, lautet:

"Wenn man den Seehafenbetrieb — ich leite den Seehafen Bremen — statthaltisch beobachtet, dann findet man, daß der wirkliche Grad der Leistungen auf etwa zwei Drittel bis drei Viertel dessen zurückgegangen ist, was wir vor dem Kriege leisten konnten. Man kann das sehen, wenn man sich einmal die Zahl der bewegten Tonnen auf den Kopf des einzelnen Arbeiters bzw. Betriebsbeamten und die Zahl der bewegten Tonnen auf den einzelnen Werkstätten berechnet. Daraus ergibt man sofort, wie die Leistung zurückgegangen ist.

"Es liegt nun nahe, daß auf den Achtstundentag oder auf den mangelhaften Arbeitswillen zurückzuführen. Beides wäre falsch. Ich kann Ihnen dadurch beweisen, daß wir in den Fällen, in denen wir unfehlbar und unbestritten durch staatliche Vorbehör-

Stunden zu arbeiten. Alle weiteren Beschränkungen der Freiheit sind unsocial und unmöglich."

Dem gewerkschaftlich geschulten Arbeiter brauchen wir diese völkische Weisheit nicht zu zerplücken. Er sieht auf den ersten Blick, daß dieser völkische Achtstundentag eine Wirtschaftskrisis-korruption nach sich ziehen würde, wie wir sie in den Anfängen der englischen und deutschen Industrialisierung vor hundert Jahren sämmerlicher Menschen- und Familienleben zerstörender nicht kennen gelernt haben.

Diese Kindsköpfigkeit sieht den Völkischen ähnlich. Sie zeigt, daß die Völkischen in sozialen und wirtschaftlichen Fragen dummi wie Bohnenstroh oder frisch wie Rohrzucker sind.

Es gibt aber auch Deutschvölkische, die realer denken. So z. B. Herr Dr. Wittern. Er weiß mit Lohnberechnung und Arbeitspflicht Bescheid.

Wir besitzen ein Christkönig aus dem Wahlkampf, in dem der arbeiterfreundliche Herr so gekennzeichnet wird:

"Die Völkischen buhlen um die Stimmen der Angestellten und hoffen, daß diese 'o dum' sind, eis ihren Leim zu kriechen. Sie vertreten den Angestellten die Aufrechterhaltung des Achtstundentages und ausreichende Entlohnung, haben aber bis heute noch nicht bewiesen, daß sie auch nur den kleinen Finger für die Angestellten krumm machen. Im Gegenteil, ihr Kandidat Dr. Wittern tritt die Angestelltenbelange mit den Füßen. Im Jahre 1923, als die wirtschaftliche Not der Angestellten zum Himmel schrie, war es gerade Dr. Wittern, der den Gehaltsverhandlungen immer wieder ein Bein stellte. Noch im September 1923 meinte Herr Dr. Wittern vor der Bezahlung seiner Angestellten vor den Schlichtungsausschuß zuladen werden, von welchem er durch seinen Soziaus Dr. Mund das Recht der Organisation, von ihm die Anerkennung der aufgestellten Forderung zu verlangen, befreiten ließ. Zum wagen es die Völkischen, sich an die Angestellten zu wenden und um ihre Stimmen zu buhlen, denen noch vor wenigen Wochen die Zuflucht aus ihren Reihen verloren ist . . ."

Was sagt da nun, Franz? Es nimmt die Zeit so langsam geklärt, ehe ein Dr. Wittern, Fink oder blaßblütig kommt und den Dummkopf ausging. Leute, die Hitler als arbeiterfürchter preisen, die sich mit der deutschvölkischen Freiheitspartei — aus deren Reihen die Mörder arischer Republikaner kommen — solidarisch erklären und den endgültigen Arbeitsmarkt den durch den völkischen Achtstundentag erreicht seien, haben sich von selbst gerichtet. Im Wirtschaftsleben geht das „Killer“ denn doch nicht so einfach wie es auf dem völkischen Schlechtlolan verzeichnet steht.

Was sagt da nun, Franz? Es nimmt die Zeit so langsam geklärt, ehe ein Dr. Wittern, Fink oder blaßblütig kommt und den Dummkopf ausging. Leute, die Hitler als arbeiterfürchter preisen, die sich mit der deutschvölkischen Freiheitspartei — aus deren Reihen die Mörder arischer Republikaner kommen — solidarisch erklären und den endgültigen Arbeitsmarkt den durch den völkischen Achtstundentag erreicht seien, haben sich von selbst gerichtet. Im Wirtschaftsleben geht das „Killer“ denn doch nicht so einfach wie es auf dem völkischen Schlechtlolan verzeichnet steht.

Zur Tollwut der Hunde.

Fahrt keine fremden Hunde an!

Das Gesundheitsamt schreibt uns: Die Tollwut im Kreis Herzogtum Lauenburg ist z. Zt. noch auf den südlichen Teil des Kreises beschränkt, sodass gegenwärtig für die Stadt Lübeck ein Grund zu einer Beunruhigung noch nicht besteht. Die Bevölkerung muss aber, um eben die Gefahr einer Weiterverbreitung zu bannen, sich an die Verordnungen halten, die zur Bekämpfung dieser Seuche seitens des Gesundheitsamtes erlassen worden sind. Im gesamten Stadtgebiet sind die Hunde entweder tot an der Leine zu führen, wobei darauf zu achten ist, daß sie doch nicht, wie es bereits vorgesehen ist, vorbeisiehende Patienten verletzen, oder sie müssen, falls sie frei umherlaufen, mit einem geeigneten, das Besitzer verbindenden Maulorb versehen hin und sich stets unter strenger Beaufsichtigung befinden. Vor allen Dingen kann garnicht genug davon gewarnt werden, fremde Hunde anzufassen. Diese Mahnung ist vor allen Dingen Kindern schrift einzuprägen. Tollwütige Hunde zeigen vielfach ein hinterlistiges Verhalten; sie lassen sich freilegen, um dann unerwartet zu jagen. Ganz abgesehen von der Tollwutgefahr, ist ein Berühren fremder Hunde zu vermeiden und davor zu warnen, fremde Hunde anzufassen, um sich vor Bisswunden im allgemeinen zu fühlen. Hunde, die an der Leine geführt werden, bzw. einen Maulorb tragen müssen, sind leicht reizbar und zeigen ein aggressives Verhalten; sie lassen sich freilegen, um dann unerwartet zu jagen. Ganz abgesehen von der Tollwutgefahr, ist ein Berühren fremder Hunde zu vermeiden und davor zu warnen, fremde Hunde anzufassen, um sich vor Bisswunden im allgemeinen zu fühlen. Hunde, die an der Leine geführt werden, bzw. einen Maulorb tragen müssen, sind leicht reizbar und zeigen ein aggressives Verhalten. Sollte eine Person von einem tollwütigen Hund gebissen werden, so erfüllt es nämlich das Robert Koch-Institut in Berlin aufzusuchen, da das Allgemeine Krankenhaus Barnim in Hamburg bereit ist, auch Nicht-Hamburgern zur Pustschutzimpfung aufzunehmen. Der Verpflegungsstab für die 3. Klasse beträgt zurzeit für Erwachsene täglich 5,50 Mt. und für Kinder unter 15 Jahren 1,50 Mt. Wünschen Patienten sich ambulant behandeln zu lassen, wozu es allerdings die Zustimmung des Krankenhauses bedarf, so haben sie für jeden Verhandlungstag 1,50 Mt zu zahlen. Für Unterkunft und Verpflegung in Privathäusern haben sie in diesem Falle selbst zu sorgen. Es besteht bei ambulanter Behandlung aber auch die Möglichkeit, sich zur Impfung von Lübeck mit der Bahn nach Hamburg zu begeben; ein Beruhigen, das erhebliche Kostenersparnisse bedeutet. Die Behandlung dauert 20 Tage.

Weiteres aus dem Schimmelreich.

Der erste Bericht aus dem Schimmelreich war vor einiger Zeit im "Lübecker Volksboten" zu lesen.

Ich sage voraus, daß unter den vielen lübschen Schimmelreichen sich immerhin einige befinden, die ihn gelesen und noch nicht ganz verstanden haben. Die lübschen Amtsstellen wissen in ihrer Mehrzahl ja allerdings nicht, daß der "Lübecker Volksbote" Amtsblatt ist — oder sie tun wenigstens so.

Aber: Der Aben ist im Gange, der Altensteinsfall beobachtet ist. Die Schimmel mit dem kurzen Strang vertrieben sich in die ihnen zugewiesenen Ecken und bemühen sich, angesichts der knappen Haftfrist ihre Magenkontrüche auf das notwendige Maß herabzudrücken. Viel Geduldens wurde mit ihnen nicht gemacht. Und auch wir wollen sie ihrem Schicksal überlassen. Denn weit interessanter ist es, dem Aben der vorderen Reihen, in denen sich die Harpiksimmels befinden, zuzuschauen.

Das Tänzel vor dem Allgemeinen hat nicht in allen Fällen den erzielten Erfolg gehabt. Und so haben schon einige Harpiksimmels umflogten Blides ihren Platz räumen, ihr prächtig Ge-

schte ihrem Nachfolger überlassen müssen — in der festen Überzeugung, daß nun mehr, nach ihrem Abgang, das Schimmelreich unmittelbar zugrunde gehen muß. Einigen besonders zähnen Argenossen erscheint aber das Ausscheiden aus der Schar so grauslich und unvorstellbar, daß sie knierendes gesucht haben, mit ihnen doch Erbarmen zu haben, da sie unerschöpflich seien. Der Allgewaltige hatte Erbarmen und dementsprechend lautete sein Spruch:

„Das Geschick müßt Ihr ablegen so mit die allzeit Unzufriedenen, die mit dem kurzen Strang, nicht aufmerksam werden), aber Ihr dürft — nur ohne Strang und Gesicht — in der alten Umgebung verbleiben. Wiefern dürft Ihr nur noch mit etwas gedämpfter Stimme. Immerhin werdet Ihr auch so noch verhindern können, daß die leichten Träger Eures Geldhutes etwa den Wagen in neue Spuren lenken (wovor der Himmel unser liebes Schimmelreich gnädigst bewahren wolle). Solltet Ihr jemals sterben (ich weiß, Ihr denkt garnicht daran), so soll Euer Leichnam (verzeigt das höchliche Wort) in einen Glasschrank gestellt und dieser, zu Nutz und Frommen aller späteren Schimmelgesichter, an dem Platz Eures Wirkens aufgebaut werden.“

Hans vom Norden.

Die Rewog.

Gewerkschaftliche Wohnungsfürsorge für das ganze Reich.

Es wird uns geschrieben: In der Erkenntnis, daß die gesetzgebenden Maßnahmen auf dem Gebiete der Wohnungswirtschaft eine Entwicklung genommen haben, die auf eine starke Belastung der Gehalts- und Lohnempfänger hinausläuft, die Wohnungsnöte nicht lindert und den Wohnungsbau völlig zum Stocken gebracht hat, wurde von dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Allgemeinen freien Angestelltenbund und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund am 14. März eine Reichswohnungsfürsorge-Aktiengesellschaft, genannt „Rewog“ gegründet, deren Aufgabe es sein soll, die wirtschaftlichen Interessen der gewerkschaftlichen Mitglieder auf dem Gebiete des Wohnungswesens zu vertreten. Die neue Aktiengesellschaft ist als eine wirtschaftliche Zentralstelle sämtlicher auf dem Boden des gemeinschaftlichen Eigentums stehenden Baugenossenschaften und Siedlungsgeellschaften gedacht, die vorzugsweise die Wohnungsfürsorge der Arbeiter, Beamten und Angestellten betreiben.

Die „Rewog“ verfolgt sachungsgemäß „ausschließlich gemeinsame Zwecke“ und hat zum Gegenstand die Förderung des Wohnungswesens durch Beschaffung gesunder und zweckmäßig eingerichteter Wohnungen für Arbeiter, Beamte und Angestellte. Die Tätigkeit der Gesellschaft erstreckt sich auf das ganze Reich. Im besonderen hat sich die „Rewog“ zur Aufgabe gestellt:

1. Die Förderung der Gemeinschaft im Wohnungs- und Siedlungswesen,
2. die Vertretung der Interessen der Arbeiter, Beamten und Angestellten gegenüber den Organen des Reichs, der Länder und Gemeinden in allen Angelegenheiten des Wohnungs- und Siedlungswesens,
3. die Beschaffung und Errichtung von Baugelände für Kleinwohnungszwecke sowie deren Veräußerung und Vergebung von Erbbaurecht,
4. die Beschaffung von Baukapital durch Vermittlung von Hypotheken und Zwischenkrediten, die Ausgabe zentraler Anleihen, die Beschaffung von Bürgschaften und Baukostenzuschüssen sowie die Organisation von Kapital, das zum Zweck des Wohnungsbaus gespart wird,
5. die Bearbeitung von Bau- und Siedlungsplänen sowie die Förderung der Normalisierung und Typisierung des Kleinwohnungsbauens,
6. die Vermittlung und Beschaffung von Baustoffen und Bauteilen aller Art sowie die Beschaffung von Hausrat.

Die „Rewog“ wurde zunächst mit einem Stammkapital von 50.000 Goldmark gegründet. Zu Geschäftsführern der neuen Gesellschaft sind Städtebaudirektor Dr. Ing. Martin Wagner und Peter Graumann ernannt. Die Geschäftsräume der „Rewog“ befinden sich in dem neu erbauten Bundeshaus des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. 14, Inselstraße 6.

Wir empfehlen allen Baugenossenschaften, Siedlungsgesellschaften, Städten, Gemeinden und Gemeindevertretern, aber auch allen Siedlern und Baubürtigen aus den Reihen unserer Kollegen und Freunden, sich an die „Rewog“ zu wenden, wenn sie Rat und Hilfe in allen Fragen der Wohnungs- und Bauwirtschaft benötigen.

Der alte Hauswirt.

Von Ernst Schermer

(Nachdruck verboten)

Es war einmal . . . kein Märchen — Warum soll man nicht auch eine wirkliche ernsthafte Annäherung an die Geschichte mit „es war einmal“ anfangen? — Ich beginne also noch einmal und bitte höflichst, mich nicht zu unterbrechen, da ich für die Folgen nicht aufkommen kann.

Es war einmal ein allerliebstes, reizendes, kleines Krebschen, das zusammen rührte in dem weiten Ozean unter und ließ es sich überall wohl sein. Es lebte vor noch kleineren Wesen, die sich gleich ihm in den meerdrienen Blüten herumtrieben.

Eigentlich in der Welt gibt es keinem anderen Geschöpf als auf dem Meeresboden. Da leben Würmer, die dem Aussehen nach wohl ein Fledermaus sein könnten, aber von gewöhnlichen Sterbehilchen niemals dem albernwürdigen Kreise der Würmer zugezählt werden werden, wenn es nicht oben auf dem Welt-Männer mit Stoffen auf den Kleinen und dicken Büchern gebe, die jedes Geschöpf irgendwie unterzubringen in der Lage sind. Die haben es fertig gebracht, das Seepferdchen bei den Küsten, den Seetigel mit den Seelen, wie bei den Stacheldütern, Seeratten und -männern und andere Meerestiere bei den Höhlungen einzutragen, und nun müssen wir uns damit abfinden.

Das Krebschen lag sich dort unten alle Gelände an und wußte bald, daß die meisten Söhne von Jagend auf und ihren Leben Mügelnden oft auf die heimliche Weise nach dem besseren Leben trachten, daß jeder doch nur einmal zu versieren hat.

Nachdem Krebschen sich mehrmals gehäutet hatte und größer und reichender geworden war, beschloß es, sich von dieser Geißelheit nach Möglichkeit zu befreien. Es hatte einen strohigen Appetit. Es wollte, wenn auch nicht Grundbesitz, so doch den größten Haushalter werden und früh eines guten Tages, nahm es sich mit seinen Scheren von der Verläßlichkeit eines Schneiderbüches gründlich überzeugt hatte, mit dem Schwanz davon, kleine und kleine dann stillbezüglich aus der Tür heraus, ein gemeiner Mann. Da des Eltern kam jetzt aber einer besser als kleiner Schwede, machte der kleine Krebs zusehends und füllte bald das ganze Gebäude aus. Als der Appetit auch dann nicht stillzog, wurde das Haus bald zu eng. Zum Abendnachtrage das Gemüse nicht, so blieb ihm nichts anderes übrig, als auszusteigen über das hohe Jenseits. Der Hinterleib der kleinen durch die Umgebung aus der Richtung gekommenen Schneiderbücher wackelte von ihren Baumeistern niemals gehäusig gebaut, sondern hielt in führen, bald mehr, bald weniger

Achtung, ausgesperrte Werkarbeiter!

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß in verdächtiger Form Arbeitskräfte für eine holländische Werft gesucht würden. Wie jetzt von dem Friedlandischen Metallarbeiterverein mitgeteilt wurde, befinden sich die Arbeiter der Ritterdamsch Doodot Maatschappi im Streit. Auch die sonstigen Anträge bei der Anwerbung, bezüglich der Verpflegung, sind unrichtig. Es muß dringend darauf gewarnt werden, daß Arbeiter sich auf solche Anwerbungen hin nach Rotterdam vermitteln lassen.

Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Der Arbeitsmarkt weist eine Besserung auf. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen ist in der zweiten Februarhälfte um zehn Prozent zurückgegangen. Sie betrug am 15. Februar 130.000, am 1. März 127.000 im unbefestigten Gebiet. Die Zahl der unterstützten Kurzarbeiter war am 1. März 144.000. Für das befestigte Gebiet liegt keine Statistik vor; man nimmt aber an, daß sich die Zahl der Erwerbslosen und Kurzarbeiter dort noch immer auf über eine Million beläuft.

Ausskünfte zum Hamburger Hafenarbeiterstreit.

Bei Montao traf im hiesigen Hafen der regelmäßige Tonnen auf Hamburg fahrende französische Dampfer „Susanne Marie“ mit einer Ladung Stückgut ein. Die Hafenarbeiter lehnten selbstverständlich die Löschung des Dampfers ab, auch nachdem ihnen für die doppelte Lohn geboten wurde. Nachdem alle Einwirkungen erfolglos verlaufen sind, sollte der Dampfer nach einem anderen Hafen bugiert werden. Eingesetzte Erfundungen werden aber jedenfalls die Hoffnungslosigkeit des dortigen Löschers ergeben haben und so blieb der Dampfer hier. Um gefährlichen Nachmittag erschien nun der Lagermeister der hiesigen Weinkontrollhandlung Engelhardt u. Söhne mit 10 Arbeitern, um die Löschung des Dampfers vorzunehmen. Aber auch diese Leute waren wieder ab, nachdem ihnen klar gemacht wurde, daß sie eventuelle Streikarbeit verrichten würden. Zuletzt hat man die Beleidigung des Dampfers gezwungen, die Löschung vorzunehmen, welches jedoch kaum gelingen durfte. Aus allem ist zu ersehen, wie eigenartig es mit den hiesigen Arbeitgebern besteht ist, die sich nicht scheuen den monatelang Arbeitslosen einen Judaslohn zu bieten, um ihren Geldsäckel zu füllen.

Zur Lohnbewegung der Landarbeiter.

Die Schlichterammer in Lübeck fällt in der Tarifstreitsache der Landarbeiter einen Schiedsspruch, der die Beibehaltung des bisherigen Vertrages und Deputats, eine Verlängerung der Arbeitszeit und eine neue Fixierung der Löhne vorsieht. Zu diesem Schiedsspruch wird am Sonntag, dem 23., vormittags 10 Uhr, in Kiel im Gewerkschaftshaus eine Gaukonferenz Stellung nehmen. Es ist notwendig, daß die gewählten und mit Ausweis versehenen Delegierten pünktlich erscheinen.

Hinweise auf Versammlungen, Thater ntw.

Sozialdemokratischer Verein, 12. Distrikts. Donnerstag, den 20. März, abends 7½ Uhr im Gesellschaftshaus Marsi. Bezirksmitgliederversammlung. Gen. Schermer spricht über die Gemeinschaftsschule. — Die Genossen werden gebeten, ihre Frauen mitzubringen. Zahlreiches Erscheinen erwartet.

Der Distriktsführer Fr. Werner.

5. Distrikts. Donnerstag, den 20. März, abends 7½ Uhr bei Hennings, Augustenstraße: Versammlung. Gen. Wolfstadt spricht über die kommende Reichstaatswahl. Erscheinen Pflicht.

Der Distriktsführer P. Schmidsdorff.

Eine Sinfoniemorgenspiele veranstaltet unter Stadttheater-Orchester am kommenden Sonntag morgen im Gewerkschaftshaus. Die unter großem Beifall aufgenommene Haustafel von Liszt mit Tenorioso und Männerchor wird dort wiederholt, um so für wenig Geld auch breitesten Schichten die Gelegenheit eines reinen Kunsterusses zu bieten. Der Lehrergesangverein hat die Chortruppe freundlich übernommen und der Tenor unseres Stadttheaters, Herr Beckmann, wird, wie auch bei der Eröffnung in den großen Sinfonienzyklen, das Tenorioso singen. Da diese Morgenspiele die einzige in dieser Ewigkeit bleiben mögen, steht ein sehr guter Besuch zu erwarten. Der Saal ist warm gehalten.

Stadttheater. Heute: Bohème. Donnerstag: Waffenmied.

Harfe-Theater. Hertha Pitt, die beliebte und meist beschäftigte Soubrette des Hanauer Theaters hat am Freitag, dem 21. d. Mts., 7½ Uhr ihren Ehrentag, an dem sie die Müllerfrau in der Operette „Die Königin Nachbarin“ spielt

Angrenzende Gebiete.

P. Bad Schwartau. Stadtratsitzung. Punkt 1 der Tagesordnung: Bau einer Turnhalle, beantragt durch den Meisterverein. Es ist der Einbau einer 130 Quadratmeter großen Turnhalle im hiesigen Schulhaus geplant. Durch Fortfall der Rettwohnung und durch freiwerdende Klassen, die in den nächsten Jahren nicht in Gebrauch genommen zu werden brauchen, ist dies möglich. Die Umbaukosten werden auf 4000 M. geschätzt. Beim Antrag betr. Bau einer neuen Turnhalle (Kostenpunkt 20.000 M.) ist die sozialdemokratische Fraktion der Ansicht, daß dieser Vorschlag nur eine endgültige Verschleppung der Turnhallenversammlung bedeutet und beantragt Einbau ohne Finanzierung der Arbeiten am 5. April. Dieser Antrag wird mit gegen 4 Stimmen abgelehnt. — Punkt 2 betrifft den Bau eines Beamtenhauses für die Schulpolizei. Kostenpunkt 110.000 M. Es wird von der Stadt ein Zuschuß von 28.000 M. gefordert. Die bürgerlichen Vertreter stimmen geschlossen dafür, die sozialdemokratischen enthielten sich der Stimme. Sie sind der Ansicht, daß dieses Sachen der oldenburgischen Landesregierung ist und daß die 28.000 M. für städtische Wohnungsbau verwendet werden müssen, da die Wohnungsnutzung sehr groß ist. Genauso Paetow hatte eine Eingabe an den Stadtrat gerichtet bei Zustimmung zu diesem Bau durch den Stadtrat den Baustoffen zusätzlich nur von dem Einbau eines „Städtischen Kalt- und Warmbrausebades, verbunden mit Desinfektionsanstalt in den Kellerräumen“, abhängig zu machen. Dieser Vorschlag fand die Zustimmung. Es wurde eine vierköpfige Kommission aus den Herren Eitel, Paetow, Groth und Brügel eingesetzt, um mit den Regierungsräten in dieser Angelegenheit wie über den Bau einer neuen Turnhalle zu verhandeln. — Punkt 3: Torsbeschaffung. Die Torskommission steht auf dem Standpunkt, daß der Torsitz auf gemeinschaftlicher Grundlage ausgeführt werden soll. Der Torsitz soll von Handelsleuten vorgenommen werden, bei günstiger Witterung kann die Maschine eingeleckt werden. — Der Stadtrat beschloß zu Punkt 4: Steuerzuschlag zur Grundsteuer 900 %, Zuschlag zur Gebäudesteuer 180 %, Zuschlag zur Gewerbesteuer 450 %, Hundesteuer 1. Hund 10 M., 2. Hund 30 M., jeder weitere Hund 60 M. Es werden Steuermarken angeschafft, deren Kosten vom Hundebesitzer zu erfüllen sind. — Musikinstrumentensteuer: Grammophone 4 M., Klaviere, Harmonium, Flügel 20 M.

Z. Bahnhof: Gleschendorf. Parteiversammlung. In der am Sonnabend abgehaltenen Mitgliederversammlung referierte der Gen. Fritz Hansen-Kiel über die politische Lage und die Aufgaben der Arbeiterschaft im kommenden Wahlkampf. Gen. Hansen verstand es, in packenden Worten die Notwendigkeit des festen Zusammenschlusses in Partei und Gewerkschaft zu schildern. Zum Vorsitzenden wurde Gen. H. Döse, zum Schriftführer Gen. P. Bendfeld und zum Kassierer Gen. A. Kuhweide gewählt. Anschließend fand ein Plattdeutscher Abend statt, wobei es dem Genossen Hansen gelang, so recht den Humor der plattdeutschen Sprache zur Geltung zu bringen.

Ents. Die Mitglieder des Landesausschusses werden auf Freitag, den 21. März, nachmittags 2 Uhr, zusammenberufen. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Eingänge; 2. Voranschlag der Landeskasse des Landesteils Lübeck für das Jahr 1924/25; 3. Voranschlag der Stabsquartierskasse für 1924/25; 4. Voranschlag des Landesverbandes des Landesteils Lübeck für das Jahr 1924/25; 5. Änderung des Status betr. das Krankenhaus (2. Lefung); 6. Antrag Hensel betr. Verschlußständigung der Elektrizitätsabteilung (Beschluß des Landesausschusses vom 7. Mai 1923); 7. Begleiter; 8. Zuschläge zur Grunderwerbsteuer; Statuten betr. das Desinfektionswesen für den Landesteil Lübeck; 10. Wahl der Vorsitzenden und deren Stellvertreter der Mieteingangsämter.

Kiel. Die Deutschen-Wölkischen unter falscher Flagge. Wie die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung schreibt, sind die Wölkischen in Kiel auf den Kriegspfad getreten. Echte deutsche Männer, die sie sind, ohne Furcht und Zobbel, müssen sie eine falsche Flagge auf, um damit die, die nicht alle werden, zu täuschen. „Volksbund Uwe Jenz Lornen“ ist die Firma, die sich aufgetan hat unter der die schlimmsten und widerlichsten Volksbetrüger aller Zeiten ihr Gift ins Volk zu sprühen ver suchen. In einem Flugblatt, mit dem dieser Volksbund in die Deutschenheit tritt, gelobt er einzutreten für Volkstum, neutestamentlichen christlichen Glauben, werktätige Nächstenliebe, Rassenbewußtsein, Klassenversöhnung und soziale Fürsorge und will kämpfen gegen unmoralisch-materialistisch-jüdischen Geist, jeglichen Internationalismus, Bank- und Börsenherrschaft, das Shandkult von Versailles, die Erfüllungspolitik, Pazifismus, Wucher, Volksausbeutung und Marxismus. Am Ungeheuerlichkeit enthält der Aufruf des Volksbundes sonst noch allerlei. Während an einer Stelle hervorgehoben wird, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Stadt und Land, Mieter und Vermieter, Kopfarbeiter und Handarbeiter, Besitzende und Besitzlose, also wohl so ähnlich alle Menschen, eines Blutes sind, wird in der dem Aufruf angefügten Beitragsklärung für den Bund gesagt, daß der Beitreitende die Versicherung

Er fand sie. Auf einem fahlen Felsen saß sie, jung und schön, rosig angelaufen, mutterhellenallein. Auf die Worte: „Komm mit mir auf mein Schloß!“ antwortete sie zwar nicht. Aber sie erhob auch keinen Einspruch, als er sie liebevoll aber fest mit seinen großen Schären sah und sie behutsam oben auf sein Haus setzte. So kam die erste Seerose auf das Gehäuse eines Einsiedlertrisches. Der strahlte vor Glück und zog gleich bei seinen Verwandten und Bekannten herum, um sich bewundern zu lassen. Röschen lies es sich gerne gefallen, denn so kam sie doch auch etwas herum. Je länger die beiden zusammenlebten, umso mehr kam es dem Krebs zum Bewußtsein, daß er einen sehr alten Griss getan hatte. Wenn er seinen Mittagsgrill halten wollte, und es kamen Störenfriede herbei, um ihn zu necken, so griff Röschen in ihrer leisen und sanften Weise ein, langte sich mit ihren Fangarmen einen der Hauptmacher und schob ihn sachte in ihren weiten Schlund. Alle Zudringlichen, die Krebs zu untreuer Zeit besuchten wollten, fertigte sie durch ihre Neffenorgie ab, und bald sprach es sich herum, daß sie mit Brennstoffen ziemlich leichtfertig umging. Dem Hauswirt war es aber sehr recht. Er schenkte ihr die Miete und ließ sie fünftig an besondren Festmählern teilnehmen, ja, er schob ihr sogar gelegentlich nicht die besten, aber doch ganz annehmbare Brocken hin.

Als er noch getraut Zeit wieder einmal umziehen mußte, nahm er Röschen gleich mit auf sein neues Haus. Nun ist eine allbekannte Tatsache, daß der Sack, je mehr er hat, je mehr er will, die Wahrheitsprobe längst bestanden hat. Krebs fühlte sich aber veranlaßt, auch auf dem Meeresgrund den Beweis für die Nichtigkeit dieses Sacks zu erbringen. Er fand nämlich heraus, daß ein Röschen noch keinen Rolengarten mache und holte sich nach ein paar Seerosen dazu. Krebs entwickelte Geschmac genug bei der Zusammenstellung der Farben. So entstand die erste G. m. b. h. in der Nähe von Helgoland in der Tiefe von zwei Meter. Ob es Röschen recht war, hat man nicht erfahren. Sie hat sich niemals darüber ausgedropten. Über geschadet hat ihr die Sache nicht, denn sie nahm auch ferner an Größe und Schönheit zu.

Doch sie aber seine besondere Zuneigung besaß, ist sicher, denn als es einmal wegen einer Beute zu einem schweren Treffer mit mehreren nicht zu verachtenden Gegnern kam, und Krebs im Kampf außer einem Fühler, ein Bein und ein halbes Auge eingekämpft hatte, glaubte einer der Würger ihm Röschen rauben zu können. Aber da kam er los an. Wütentbrannt stürzte sich Krebs trotz seiner Verwundungen auf den Röschen und behauptete sein Recht.

Ob sie heute noch zusammenleben, ist nicht sicher zu beantworten. Inzwischen haben sich nämlich alle anderen Einsiedlertriche auch Seerosen zugelegt, und es darf ziemlich schwer sein, unsere Gesellschaft da heraus zu finden.

zung abgeben muß, daß er ein Deutscher, nicht jüdischer Abstammung ist. Volksbund Uwe Jens Lornsen! Wenn Lornsen das höre würde, er würde sich vor Sorn über dieses Geschmeiß im Grabe umtreiben. Der Name Uwe Jens Lornsen hat im Schleswig-Holstein einen guten Klang. Was hat Lornsen, der als Student als Wirtschaftslehrer für deutsche Einheit und Freiheit schwärmt, von dem ein Jungenfreund hofft, daß er ein „unmäßiger Liberaler“ sei, mit den völkischen Winzelingen gemeinsam? Uwe Jens Lornsen war es, der am Ende des Jahres 1890 die Forderung nach einer gemeinsamen Verfassung für die beiden Herzogtümer in die schleswig-holsteinische Bevölkerung schlenderte, und damit die Grundlage für die schleswig-holsteinische Freiheitsbewegung legte, was ihm ein halbes Jahr Untersuchungshaft und sein Jahr Freilichthaft einbrachte. Die Völkischen, die heute Lornsen's Namen für ihre dunklen Zwecke missbrauchen, sind in Wahrheit viel mehr geistesverwandt mit der schleswig-holsteinischen Ritterschaft, den Prälaten und Gutsbesitzern, die, als Lornsen's Verfassungsschrift bekannt wurde, eine Ergebnisadressen an den König von Dänemark richteten, in der sie allerunterkünftig und ehrfürchtig voll zum Ausdruck brachten, „dass die Umländer einiger Webelebendler (Lornsen und seine Anhänger) keineswegs mit der öffentlichen Meinung übereinstimmen.“ Es ist wirklich eine hohenlosen Unverschämtheit, den Namen des tapferen und aufrichtigen Freiheitsmannes Uwe Jens Lornsen für die völkischen Bestrebungen zu missbrauchen. Darum Augen und Ohren offen und diesen reaktionären Gejellen die Maske vom Gesicht gerissen.

Hamburg. Gegen die Pflichtarbeit der Erwerbslosen nahm der Arbeiterrat Groß-Hamburgs folgende Entschließung an: „Der Arbeiterrat Groß-Hamburg erachtet den Senat, bei der Reichsregierung dahin vorzustellen zu werden, daß die Verordnung für die Erwerbslosenfürsorge dahin abgeändert werde, daß die Pflichtarbeit zur Überarbeitung der Unterstützung aufgehoben und daß bei Rostlandsarbeiten der sozialistische Lohn gezahlt werde.“

Hamburg. Der Hafenarbeiterstreik beendet? Den Bemühungen des Hamburger Schichters ist es gelungen, neue Verhandlungen herbeizuführen, die nach 12stündigem harzen Kämpfen um die Mittelmärktstunde zu folgendem Schiedspruch führten: Die achtkündige Arbeitszeit wird beibehalten, ebenso das von den Hafenarbeitern verdeckte Dreischichtensystem. Dagegen wird für unzeitige austromende und aus dem Dok kommende Schiffe die halbe Arbeitssicht eingeführt, die aber in Wirklichkeit nur $\frac{3}{4}$ Stunden dauert. Als Arbeitslohn werden 4,50 M. für die erste Schicht festgesetzt, die ab 1. April bis Ende Mai auf 4,80 M. erhöht werden. Für die 2. und 3. Schicht kommt ein Aufschlag von 15 Prozent hinzu. Die Arbeitszeitbestimmungen haben Gültigkeit bis zum 1. Oktober und laufen, falls keine rechtzeitige Kündigung erfolgt, ein halbes Jahr weiter. Die Lohnbestimmungen dagegen müssen vor Ende Mai neu vereinbart werden. Die Arbeit ist spätestens am Donnerstag, 20. März, wieder aufzunehmen. Der Streik ist nicht als Unterbrechung der Arbeit. Maßregelungen dürfen nicht vorgenommen werden. Die Erklärung ist für die beiden Parteien über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches läuft am Mittwoch, abends 7½ Uhr, ab. Man glaubt, daß die Vertrauensleute der Arbeiterschaft die Annahme des Schiedspruches empfehlen werden, dessen Annahme auch der Schichter Dr. Stenzel im Interesse der Bevölkerung Hamburgs und Deutschlands dringend empfahl.

Setzelschaffen.

„Der sozialistische Unternehmer“. In Leipzig hat sich ein Einheitsverband sozialistischer Unternehmer gebildet, dessen Organ unter obigem Titel im März erschienen ist. Die aus dem Arbeiter- und Angestelltenverhältnis zu wirtschaftlicher Selbstständigkeit gelangten Handwerker, Gastwirte, Händler, Kaufleute und andere, waren bisher ausschließlich auf die Innungen und sonstigen Interessenvereinigungen angewiesen, denen sie ja meist auch weiterhin angehören werden oder, soweit für sie die Zwangszinsungen bestehen angehören müssen. Wie es daneben noch besondere bürgerliche wirtschaftspolitische und Mittelstandervereinigungen gibt, bedürfen auch die sozialistisch eingestellten Gewerbetreibenden, abgesehen von ihrer politischen Organisation, eines besonderen wirtschaftlichen, ihrer Weltanschauung entsprechenden Bandes der Zusammengehörigkeit. Besondere berufliche Vereinigungen sozialistisch gerichteter Kleingewerbetreibender haben sich schon vor Jahrzehnten gebildet, sind jedoch allmählich in ihren beruflichen Gewerberorganisationen aufzugeben, wie z. B. die Feuerwehr und die Gastwirte. Kleine wirtschaftliche berufliche Sondergruppen sind mehr oder weniger zur Ohnmacht verurteilt. Sozialistische Gewerbetreibende können denn auch innerhalb ihrer Berufeverbände eine weit erträglichere Tätigkeit entfalten, als in Sondergruppen. Hier handelt es sich wie gestaucht, um einen Einheitsverband aller sozialistischen Gewerbetreibenden. Dabei ergeben sich auch weit weniger Reibungsstellen mit den Arbeitnehmern als bei beruflicher Gruppierung. In der programmatischen Erklärung des Verbandsvorstands heißt es u. a.: „In der jetzt geübten Lohnförderung und systematisch betriebenen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen hat der Kleinhandel und das Kleingewerbe kein Interesse, sie finden ihre eigene holddürftige Existenz nur unter ausreichender Stärkung der Kaufkraft der arbeitenden Volksmassen und sie unterscheiden sich daher sehr wesentlich von den Großbetrieben im Detailhandel, insbesondere der Marenhäuser, die hunderte von Personen beschäftigen und erträglicherweise bestrebt sind, deren Arbeitskraft zu billigem Preise möglichst vorteilhaft auszunutzen. Auch sonst ist der wirtschaftliche Interessenkonflikt zwischen Klein- und Großbetrieb nicht hinzuadjudizieren; aber es bedarf immerhin noch redlicher Benützung, diesen natürlichen Gegensatz dem Kleinhandel und dem Kleingewerbe zum Bewußtsein zu bringen. Und der Sozialismus hat alle Veranlassung, dieser Aufgabe die notwendige Aufmerksamkeit zu schenken.“ Wenn gleich die Gewerkschaften die Interessen ihrer Mitglieder ohne Rücksicht auf die Weltanschauung der Unternehmer zu vertreten haben und auch der sozialistische Unternehmer innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung seine wirtschaftlichen Interessen wahrnehmen muß, können wir dennoch den Zusammenfluß sozialistischer Unternehmer nur begrüßen. Ausrüstung erteilt der Verbandsvorsitzende Paul E. Plotke, Leipzig, Zentralstr. 7/9.

Vermischte Nachrichten.

Das Drehhaus. Aus Berlin wird gemeldet: Um eine Verbesserung des Hausesbaues ohne Anwendung von Erfahrbaustoffen zu ermöglichen, hat eine Berliner Baugesellschaft das Ein-Mannenhaus mit der Drehbühne geschaffen und in Berlin-Zehlendorf einige solcher Häuser gebaut. Durch eine Drehbühne, die einen Durchmesser von 4,80 Meter hat und auf 12 Riegeln läuft, kann das eine vorhandene Zimmer beliebig verwandelt werden. In dem fertiggestellten Hause (das natürlich nur für Vermietete in Frage kommt) ist die Drehbühne in drei Sektoren geteilt. Durch eine einfache Drehung der Hand läßt sich das Herrenzimmer leicht in ein Speisezimmer oder Musikzimmer verwandeln. Der Hausherr braucht seine Gäste nicht ins Musikzimmer zu bitten, sondern läßt das Klavier durch die Drehbühne ins Speisezimmer kommen. Eine sehr gute Wirkung wird erzielt, wenn die Zwischenwand von zwei Sektoren auf Mittelstellung kommt, wodurch links und rechts intime Räume entstehen. Der Versuch mit der Drehbühne dürfte geglückt sein und neben der Verbesserung des Baues sich auch Ersparnisse in der Beheizung, Beleuchtung und Bedienung erzielen lassen. Allerdings wird es nicht immer leicht sein, verschiedene Wünsche einer Familie gleichzeitig zu erfüllen; Krankenzimmer, Küche, Speisezimmer, Arbeitszimmer können wohl nicht gut zu gleicher Zeit in Funktion treten. Aber die ziemlich große Zahl unserer heutigen Einzimmersiedler wird das Drehhaus schon als einen Fortschritt gegenüber ihrem Höhlenbewohnerdasein begrüßen.

Lawinensturz im Schwarzwald. Am Sonnabend sind, unmittelbar nach schwerem Schneesturm und eisigem Frost, am Steinbach der Hornisgrinde im nördlichen Schwarzwald zwei größere Lawinen niedergegangen, was seit vielen Jahren in diesem Gebiet nicht mehr vorgekommen ist. Beide Lawinen gingen am sogenannten Ochsenbalk, unweit der Akademischen Schütze zu, ab und verschütteten zwei dort stehende Skiläufer. Während der eine sich bald aus den Schneemassen befreite und hilfe herbeifand, konnte der andere erst nach fünf Stunden gefunden und ausgegraben werden; er hatte nur leichte Verletzungen davongetragen. Gegenwärtig liegen im Nordschwarzwald für die Jahreszeit noch ungeheure Schneemassen; sie erreichen im Durchschnitt eine Höhe von über 2 Meter, sind aber an den Nordhängen und -wänden der Hornisgrinde bis zu 8 Meter hoch angewachsen. Die Schneefälle waren auf der Höllentalalb Freiburg-Donauwörth so stark, daß ein mit drei Lokomotiven bespannter Personenzug im Schnee stecken blieb und erst nach Stundenlanger Arbeit von mehreren hundert Bewohnern der benachbarten Orte freigemacht werden konnte.

Einsturz eines dreistöckigen Wohnhauses. In dem Vorort Königsfeld bei Freiburg ist ein dreistöckiges Wohnhaus eingestürzt, wobei eine Anzahl Bewohner unter den Trümmern begraben wurden. Die Feuerwehr nahm sofort die Rettungsarbeiten auf, doch konnten eine Frau, ihr zehnjähriger Sohn und ihre siebenjährige Tochter nur als Leichen geborgen werden. Der Ehemann, der mit in die Tiefe stürzte, kam dagegen mit unerheblichen Verletzungen davon. Eine andere Frau wurde schwer verletzt ins Krankenhaus geschafft. Auch mehrere andere Hausbewohner erlitten leichte Verletzungen.

Der neue Amerika-Zeppelin. In den Werkstätten der Luftschiffgesellschaft in Friedrichshafen sind einige Hände damit beschäftigt, die letzten Arbeiten an dem neuen Zeppelin-Liebezeitkreuz vorzunehmen. Das Luftschiff soll in dieser kommenden Woche seine ersten Übungsfahrten, die sich zunächst nur auf das Bodenseegebiet erstrecken werden, aufnehmen. Das Luftschiff ist

Was ist am Reichswahlgesetz geändert worden?

Ausschreiben!

Zur Information für die Parteifunktionäre.

Aufheben!

Seit der Reichstagswahl vom 6. Juni 1920 sind drei mal Änderungen des Reichstagswahlgesetzes erfolgt. Das erste mal vor den (1920 ausgesetzten) Wahlen in Ostpreußen und Schleswig-Holstein, die am 20. Februar 1921 stattfanden. Dabei handelt es sich lediglich um die Berechtigung, auf den Stimmzettel „an Stelle der Namen oder neben ihnen auch die Partei“ anzugeben und außerdem bei einer Verbindung von Reichstagswahlen mit Landtags- und Gemeindewahlen die Bezeichnung „Reichstagswahl“ auf den Stimmzettel zu setzen. Diese erste Änderung ist durch die zweite Änderung des Wahlgesetzes wieder überholt worden, da die Stimmenthaltung nunmehr nicht mehr Sache der Parteien, sondern der Wahlbehörde ist. Die dritte Änderung erfolgte am Tage vor der Auflösung des Reichstags. Sie ändert lediglich eine Zahl im § 15 des Wahlgesetzes, wie es durch die zweite Änderung gestaltet worden war. Die Hauptänderung hat die zweite Novelle gebracht.

Die zweite Novelle zum Reichswahlgesetz ist von der Reichsregierung am 2. November 1922 dem Reichstag vorgelegt, von diesem aber erst nach einem Jahre, am 8. Dezember 1923, erledigt worden. Die durch diese Novelle herbeigeführten Änderungen betreffen vor allem das Wahlgesetz selber, zum kleinen Teil auch die Wahlkreiseinteilung. Im Anschluß daran ist auch die Wahlordnung geändert worden.

I. Änderungen im Wahlgesetz.

Um sicher schreibgewandte Wähler als Schriftführer im Wahlvorsitz heranziehen zu können, braucht der Schriftführer jetzt nicht mehr Wähler des Wahlbezirks zu sein, in dem er amtiert (§ 10 Abs. 2 des Wahlgesetzes). Nach Abs. 1 des § 10 gehört der Stellvertreter des Wahlvorsitzers jetzt auch dann dem Wahlvorsitzende als stimmberechtigtes Mitglied an, wenn der Wahlvorsitzender selbst die Geschäfte leitet, der Stellvertreter arbeitet sich dadurch besser ein.

Zur Ermöglichung früherer Wahlen sind durch die zweite Novelle zum Reichswahlgesetz die Zusatzwählerlisten eingeführt, d. h. die Gemeindebezirke haben die Wählerlisten laufend zu vervollständigen. Der § 11 des Wahlgesetzes spricht das im Prinzip aus durch die Bestimmung, daß die Wählerliste „geführt“ wird, vorher hiess es, die Wählerliste werde „angelegt“.

Die Bestimmungen über die Ausstellung von Wahlcheinern sind aus der Wahlordnung ins Wahlgesetz übernommen worden, wo sie im § 12 zusammengefaßt sind. Dadurch ist eine Vereinigung mit dem Gesetz über den Volksentscheid herbeigeführt worden.

Zur weiteren Ermöglichung früherer Wahlen ist durch die zweite Änderung des Wahlgesetzes eine Abkürzung der Fristen vorgesehen. Die Fristen für die Listenauslegung sind nicht mehr wie bisher im Wahlgesetz selber festgelegt, sondern in die Wahlordnung verweisen worden. Der § 13 des Wahlgesetzes enthält nur noch einen Hinweis auf die Pflicht der Gemeindebehörden zur Bekanntgabe der Auslegungsfristen.

Die Wahlordnung heißt jetzt „Abstimmungsordnung“. Sie enthält einheitliche Bestimmungen für die Reichstagswahl, die Wahl des Reichspräsidenten, für den Volksentscheid und für Abstimmungen über Neugliederungen im Reich.

Während die Wählerlisten früher mindestens vier Wochen vor dem Wahltag ausgelegt wurden, erfolgt die Auslegung jetzt eventuell später, aber wie bisher acht volle Tage lang einschließlich des ersten und letzten Sonntags der Frist.

Während früher die Kreiswahlvorschläge und die Zustimmungserklärung der Kandidaten spätestens am 21. Tage vor der Wahl eingereicht sein mußten, ist dieser Zeitpunkt jetzt im § 15 des Wahlgesetzes näher an den Wahltag herangelegt worden. Kreiswahlvorschläge und Kandidatenerklärungen müssen jetzt spätestens am 17. Tage vor der Wahl eingereicht sein. Dieser Paragraph enthält innerhalb einer weiteren Erleichterung für die Wahlkomitees, als nicht mehr 50, sondern nur noch 20 Unterschriften von den Wählern unter die Kreiswahlvorschläge gefordert werden. Diese Bestimmung ist am Tage vor der Reichstagsauslösung durch die dritte Änderung des Wahlgesetzes wieder dahin modifiziert worden, daß zum Schluß gegen die Eintragung völlig aussichtsloser Kandidatenlisten 500 Unterschriften gefordert werden. Wie der dadurch geprägte Wortlaut des § 15 des Gesetzes zeigt, bleibt es für die politischen Parteien praktisch bei 20 Unterschriften.

In § 16 ist als Konsequenz aus dem Vorhergegangenen als letzter Tag, bis zu dem die Verbindungsverträge in dem Wahlkreisverband abgegeben werden müssen, statt des 14. der zwölften Tag vor der Wahl festgesetzt worden. Im § 17 ist bestimmt, daß die Reichswahlvorschläge und die Zustimmungserklärung der Kandidaten für die Reichswahlkämme fünfzig spätestens vierzehn Tage (früher 16) vor der Wahl eingereicht werden. Die Anschlußerklärung für die Reichswahlkämme ist ebenfalls vierzehn Tage (früher 16) vor der Wahl eingereicht worden. Die dritte Änderung ist am 10. Tage vor der Wahl erfolgt.

Jetzt bekommt eine amtliche Nummer. Außerdem enthält es den Namen der betreffenden Partei und deren erste vier Kandidaten, daneben einen Kreis, in den der Wähler das Kreuz hinzulegt.

Im Wahlkreis Franken stellt sich das Wahlfeld der Sozialdemokratie auf dem Stimmzettel gegenwärtig folgendermaßen dar:

1.	4.
2.	5.
3.	6.

Das Verfahren ist sehr einfach. In der Agitation ist es Sache der Parteien, in ihrer Breite, in ihren Flugblättern und auf ihren Wahlplakaten ihren Stimmzettel den Wählern nach Nummer, Parteizeichnung und Namen zu befähigen zu machen, daß jeder Wähler ihn genau kennt. Nur der amtliche Stimmzettel darf bei der Wahl verwendet werden.

Neu eingefügt sind in den §§ 38–40 Bestimmungen, die die Pflicht zur Übernahme von Ehrenämtern bei der Reichstagswahl regeln.

Weitere kleinere Änderungen des Wahlgesetzes betreffen lediglich Formalien oder Verhältnisse der Bevölkerung zueinander, wie in den §§ 41–43 die Verteilung der Wahlkosten zwischen dem Reich, den Ländern und den Gemeinden.

für die amerikanische Postverwaltung bestimmt und muß von Deutschland auf Reparationskonto geleistet werden. Es soll jedoch ausdrücklich friedlichen Verkehrszwecken dienen, vor allem der schnelleren Förderung von Post und Gepäck von den Vereinigten Staaten nach Europa. Damit wird zweifellos auch in der Passagier- und Postförderung ein neuer, wichtiger Abschnitt eingeleitet. Das neue Schiff, das die Nummer 2. 3. 26 erhält, stellt die letzten technischen Errungenschaften auf dem Gebiete der Lustschiffahrt dar. Alle Erfahrungen, die man besonders während der Dreigänge mit den über 100 Zepelinern gesammelt hat, sind diesem Schiffe nunmehr zugute gekommen. Die Gesamtlänge des Schiffes beträgt genau 200 Meter, der Durchmesser in der Mitte 27,64 Meter, die größte Höhe einschließlich der Gondeln 31 Meter. Die 13-teilige Hülse nimmt 70 000 Kubikmeter Gas auf. Das Gewicht des Schiffes beträgt 41 800 Kilogramm; es kann somit an Passagieren, Gepäck und Betriebsstoff rund 41 000 Kilo tragen. Besondere Aufmerksamkeit wurde den Motoren zugewandt. Die neuen Motoren sind statt der bisherigen 260 PS auf 400 PS gezeitigt worden. Das Schiff besitzt sechs große Gondeln, die bootsförderartig gebaut und sowohl für Landungen auf dem Lande als auf dem Wasser eingerichtet sind. Fünf Gondeln sind allein für die Motoren bestimmt, in jeder befindet sich ein zwölfzylinderiger 400-PS-Maybach-Motor. Die vordere Gondel ist die größte und besteht aus zwei Teilen. Im vorderen Teil, in dem die Führung des Schiffes untergebracht ist, befinden sich eine vollständig ausgerüstete Steuerkabine, eine Kabine für den Kommandanten, zwei für die Offiziere, ein gemeiner Raum und acht kleinere Kammern für die Mannschaft. Alle diese Räume sind durch einen Seitengang miteinander verbunden, der auch zum anschließenden Passagierdeck führt. Dieses besteht aus fünf geräumigen Aufenthaltsräumen, die für 15 bis 20 Personen Platz bieten und nichts zu Schlafräumen mit allem Komfort eines Hotels (schnellendes warmes und kaltes Wasser, B. C. usw.) umgewandelt werden können. Die Küche ist ganz mit Aluminium beschlagen und besitzt einen elektrischen Kochherd. Im Schiffinneren, zu dem von jeder Gondel eine bequeme Leiter führt, befinden sich zwanzig große Räume zur Unterbringung von rund 12 000 Kilogramm Post- und Gepäckstück. Die Durchschnittsgeschwindigkeit beträgt 105–110 Kilometer in der Stunde, die Höchstgeschwindigkeit bei voller Belastung 120 Kilometer. Die Reise nach Amerika, die voraussichtlich über die Schweiz, Frankreich bis zum Golf von Biskaya erfolgen dürfte, um von

dort die Überquerung des Ozeans anzutreten, wird keinesfalls die Ende Mai stattfinden können. Auch die angegebene Route ist noch unbestimmt, da diese sich naturgemäß erst am Abschlußtag je nach der Witterungslage bestimmen läßt. Die gesuchte Strecke hofft man in 3½ Tagen ohne Zwischenlandung zurückzulegen. Die Führung des Schiffes ist erprobten deutschen Kapitänen übertragen.

Ein englischer Expresszug entgleist. Auf der Strecke Leeds-Hartlepool entgleiste gestern ein Expresszug, wobei 15 Personen verletzt wurden, von denen jedoch nur vier in das Krankenhaus übergeführt werden brauchten.

Weltrekord eines Segelflugzeuges. Mit dem vom Regierungsbauamt Klemm konstruierten, mit 7-9 PS Fahrtradmotor betriebenen Daimler-Nachflugzeug „L. 15“ wurden von der Belegsung, Diplomingenieur Schreiter und Dr.-Ing. von Langsdorff, neue Weltrekordstellungen aufgestellt. Auf einem Überlandflug von Sindelfingen bei Stuttgart über Miladen und Heidelberg nach Bonnheim an der Bergstraße wurden 1100 Meter Höhe über dem Meer erreicht. Zur Abreise in Richtung der 120 Kilometer langer Strecke wurde 1½ Stunde benötigt. Diese Flugleistung stellt einen neuen Weltrekord dar für Segelflugzeuge mit Hilfsmotor im Zweiflügeliger Flugdauer. Entfernung und Flughöhe sind von keinem ähnlichen Flugzeug bisher erreicht worden.

Sport.

Gedächtnisturnen in Lübeck. Am Sonntag, dem 16. März, fand in der Hauptturnhalle das diesjährige Gedächtnisturnen des Bezirks vom 2. Kreis des Arbeiter-Turn- und Sportbundes statt. Nachmittags 3 Uhr traten die Männer-, Jugend- und Frauenabteilungen an, um hier im friedlichen Wettkampf zu messen. Die Lübecker bestreiten mit großem Interesse die Übungen. Von den durchweg guten Leistungen führen wir die besten jeder Stufe an:

Erstplatzierte: 1. Heinrich Rode, Lübeck, (Abt. 2) 98 Punkte; 2. Johs. Jakobs, Lübeck, (Abt. 2) 97½ Punkte.

Mittelplatz: 1. Paul Stimers, Mölln, und Karl Dettmer, Lübeck (Abt. 2) je 100½ Punkte; 2. Heinrich Janenki, Lübeck (Abt. 1) 100½ Punkte; 3. Alfred Dingelde, Lübeck (Abt. 2), 100½ Punkte.

Unterstufe: 1. Edmund Habne, Lübeck (Abt. 3), 108½ Punkte; 2. August Böhlke, Radeburg, 107½ Punkte; 3. Hans Müll, Küdingh., und Bruno Jantsch, Lübeck (Abt. 1), je 99½ Punkte.

Turnerinnen 1.: 1. Agnes Grech, Lübeck, 58 Punkte; 2. Emmy Sümmel, Lübeck, 57 Punkte; 3. Beria Tremelow, Lübeck, 54½ Punkte.

Tienerinnen 2.: 1. Frieda Holzhoff, Mölln, 47 Punkte; 2. Emmy Dettmer, Lübeck, 46 Punkte; 3. Maria Treger, Lübeck, 45 Punkte.

Fußballspiel F. S. V. gegen Küsnitz 7 : 2. Endr 4 : 2.

Der letzte Sonntag war für die Arbeiter-Sportbewegung ein Feiertag. Unsere Sportler haben der Öffentlichkeit wieder einmal gezeigt, mit welchem Ernst und Eifer sie sich ihrer Aufgabe, als Arbeiter-Sportler zu sein, bewußt sind. Ja, sie können mit Stolz vor sich sagen, wir haben mitgeholzen, den Abschlußtag zu erobern, da die gesamte Einheit für die ausgetriebenen Arbeitgeber bestimmt ist. — Auch das Trommler- und Pfeiferkorps des Arbeiter-Turnvereins war wieder, wie immer, auf dem Pochen. Ich glaube mit Recht sagen zu können, einem jeden von den recht zahlreichen Zuschauern hat das Herz im Leibe geklopfelt, bei dem Anblick, wie unsere Sportler aufs Feld gehen. Voran mit klirrendem Spiel das Trommel- und Pfeiferkorps, und dann die musizierenden, durchtrainierten Gestalten unserer Sportler. 2.45 Uhr öffnet der Schiedsrichter das Spiel an. Beide Mannschaften zeigten ein schnelles und ein gutes, technisches Spiel. F. S. V. hat in einer neuen Ausstellung einen guten Griff gemacht, besonders der Torwart machte durch sein ruhiges und sorgloses Spiel einen recht guten Eindruck. In den ersten zehn Minuten kann F. S. V. zwei Tore für sich buchen. Küsnitz wird etwas nervös durch diese Übertraffung; kann aber gleich darauf auch einmal einspielen. Jetzt scheinen sie wieder Mut zu fassen und rufen einige Male gefährlich vor F. S. V. Tor, aber ohne Erfolg. F. S. V. konnte dank seiner schnellen Außenlärmmer bis Halbzeit noch einmal das Leder ins Küsnitzer Netz senden. In der zweiten Hälfte spielt Küsnitz stark überlegen, jedoch F. S. V. sich stets nicht entscheidend verlegen muß. Manche schöne Gelegenheit wurde vom Küsnitzer Innenturm verpaßt, der absolut das zweite Tor nicht finden konnte. Bis Schluss kann Küsnitz noch zweimal einspielen. F. S. V. noch mal, was denen um so leichter wurde da der Küsnitzer Torwart (Erlach) gänzlich ver-

Wetterbericht der Deutschen Seewarte.



ERKLÄRUNG.

Die Windrichtungen sind durch Pfeile angegeben. Die Stärke der Winde ist durch die Länge der Pfeile und die Ziffern 1 bis 5 angegeben. Die Ziffern 1 bis 5 bedeuten die Stärke des Windes auf dem Meere. Die Ziffern 6 bis 9 bedeuten die Stärke des Windes auf dem Lande.

In der Veränderung des Luftdrucks über Norddeutschland hat sich wenig geändert. Hoher Luftdruck über England, Island und Norwegen, tiefer über Finnland bis Polen verursacht nördliche Temperaturen, die den Temperaturabfall verhindert haben. Da es in den nächsten Tagen keine grundlegende Veränderung der Temperaturverteilung eintreten wird, ist mit Fortdauer des herrschenden Wetters zu rechnen. Die Temperaturen werden nur in den Mittelgebirgen wenig über 8 Grad hinuntergehen. Randgebäuden des östlichen Tieflandesgebietes werden vorübergehend leichte Schneefälle bringen.

Wetterbericht für den 19. und 20. März 1924.

Bei geschaffelter Bewölkung, doch teilweise heiterem Himmel Temperatur tags nahe Null, nachts klarerer Himmel, vereinzelt Schneefälle.

sagte, und durch seine Ausflüge auffiel. Besonders gefallen konnten die Küstner Läufer, und die F.S. Ver Verteidiger. Der Schiedsrichter hatte das überaus flotte Spiel vollständig in der Hand und leitete es einwandfrei. G. Gr.

Neue Bücher.

(Alle hier besprochenen Bücher sind durch die Buchhandlung des „Lübecker Volksboten“ zu beziehen.)

Eine wissenschaftliche Zeitschrift für die Gewerkschaftsbewegung. Von allen vorwärtsstreben Gewerkschaftern, vor allem auch von Vorständen und Funktionären, ist es oft als ein Mangel empfunden worden, daß der großen gewerkschaftlichen Millionenbewegung zur Fort- und Durchbildung der gewerkschaftlich-wirtschaftlichen Gedankenwelt ein über Tagesswert und Tagesschlag lebendes wissenschaftliches Organ bisher fehlte. Diesem fühlbaren Mangel wird nunmehr abgeholfen werden. Ab 1. Mai wird unter der Leitung des Genossen Zwilling in Jena unter dem Titel „Gewerkschafts-Archiv, Monatsschrift für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung“ eine wissenschaftliche Zeitschrift für die gesamte Gewerkschaftsbewegung erscheinen. An Mitarbeitern werden neben Theoretikern und Praktikern der Gewerkschaftsbewegung zunächst noch genannt: Dr. Flotow, Dr. Sinzheimer, Dr. Jens Körpel, Dr. Alfred Braunthal, Dr. Engelbert Graf, Reg.-Rat Robert Jette, Albert Kranold, Prof. Dr. Vape, Dr. Falkenberg, Dr. Martin Wagner, Anna Heyer, Else Riviera, S. Aufhäuser. Der uns vorliegende Prospekt sagt, daß das „Gewerkschafts-Archiv“ der Vertiefung wirtschaftlichen und sozialen Willens, der Belebung des gewerkschaftlichen Gedankens dienen und dazu beitragen soll, einen tüchtigen gewerkschaftlichen Funktionär- und Führerstamm heranzubilden, der befähigt ist, die aufgeworfenen großen Zeit- und Zukunftsprobleme der Gewerkschaften zu überblättern, zu erfassen und fortzuentwickeln, um sie schließlich im Sinne der sozialistischen Gedankenwelt einer Lösung entgegenzuführen. — Der Bezugspreis des 50/60 Seiten Heftes ist auf 70 Pf. festgesetzt. Bestellungen nimmt die Buchhandlung des Lübecker Volksboten entgegen.

J. Ramsay MacDonald: „Die Außenpolitik der englischen Arbeiterpartei.“ Herausgegeben und eingeleitet von Egon Wertheimer (32 S. Ottav). 1924. Verlag Auer u. Co., Hamburg 36. Preis 30 Pf. Jeder Deutsche muß sich klar sein, daß die Wiedererlangung politischer Geltung des Deutschen Reiches und damit verbunden auch unsere wirtschaftliche Aufrichtung an die Durchführung von Macdonalds weltpolitischen Plänen geknüpft ist. Sein Wahlmanifest muß man nur zu lesen verstehen, dann erkennt man in Macdonalds Tun eine Zielstrebigkeit, die mit gleicher Sicherheit des Schiffes en Ungleichen vorüberleitet als auch jedes Booten vermiedet. Dieses Wahlmanifest ist in all seiner Knappheit ein Kompendium der Staatsweisheit, und der Mann, der dahinter steht, ist gleich stark von Erkenntnis und Willen. Sein Programm durchzuführen, bedeutet die Befreiung Deutschlands aus seiner Paralysie, bedeutet weiter die Bevölkerung der Welt und die Ordnung der Quellen des wirtschaftlichen Gedächtnis zum Wohl aller Völker. Und dabei findet sich nicht ein utopischer Zug in Macdonalds Plänen. Seine Gedanken sind rationell, ihre Verwirklichung rechnet immer mit den gegebenen Kräften und Umständen. Das Programm Macdonalds der deutschen Oberschicht in einwandfreier Ueberzeugung darzubieten, ist ein Verdienst des Verlags Auer u. Co. in Hamburg. Damit der deutsche Leser einen vollen Gewinn davon habe, bedurfte das Programm allerdings eine Erläuterung, die mit den deutschen Verhältnissen Vergleich zieht und verborgene Absichten entblößt. Für den kommenden Wahlkampf kommt die Broschüre außerst gelesen. Preis 30 Pf.

Briefkasten.

B. Sch. in R. Der Dollarstand betrug am 2. Januar 1920: 49,80 M.; am 31. März 1920: 72 M. Von 1.—5. April ist kein Kurs verzeichnet. Am 6. April stand der Dollar auf 87 M. — Die nach 1913 gebauten Wohnungen unterscheiden nicht der gesetzlichen Mietregelung. Wenden Sie sich an das Wohnungsamt in Schwartau und lassen Sie die Wohnung abschätzen. — 1 M. für Wahlbergs.

C. H. Es scheint sich bei Ihnen um ein leichtes nervöses Herzleiden zu handeln. Einiges Courage und Selbstvertrauen hilft über peinliche Verlegenheiten hinweg. Leichter Sport, Wandern usw. sind gute Mittel.

Marktberichte.

Getreide. Hamburg, 18. März. (Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse.) Inlandsgetreide wird zurückhaltender angeboten und ist daher am heutigen Markt schwer veräußlich, da außer Rendiment Inlandsware in sofort verladbarer Ware wird besser bezahlt. Preise in Rentenmark per 1000 Kilo. Rentenmark 4,20—1 Doll. Weizen 162—166, Roggen 140 bis 147, Hafer 128—134. Winter- und Sommergerste 160—190 (ab inländischen Stationen einchl. Worpommern), ausländische Gerste 174—178, Mais 185—190, frei Raumwagen. Deltuchen weiter seit.

Hintermarkt. Hamburg, 18. März. Mais Ioko 9,90 R.-Mt., Reisfuttermehl (24proz.), Ioko 5,90 Mt., Rapsflocken, Ioko 5,65 Mt., Balmflocken, 6,40 Mt., Rotoflocken, März, 8,50 Mt., Balmkernschrot Ioko 6,05 Mark, inländ. Weizenkleie, April, 5,60 Mt., Gerste, Ioko 8,50 Mt. Tendenz: Unruhlos, ohne Geschäft.

Getreide und Stroh. Hamburg, 18. März. Im Großhandel stellt sich der Preis für Weizenheu, Ioko, 2,70, dto. geprüft 3,60. Getreidestroh, gebündelt, 1,40, dto. geprüft 1,65. Sätes je Körner in Rentenmark frei Waggon inländ. Verladestation, exkl. Deckenmiete.

Brotmarkt. Hamburg, 18. März. Kälbemarkt. Es wurde gezahlt für 1 Pfund Lebendgewicht: Feinste Mastfälber 0,85—0,94 Mt., mittlere Mastfälber 0,70—0,80 Mt., geringere Kälber 0,50—0,55 Mt. Zufuhr: 1240 Kälber.

Schweinemarkt. Hamburg, 18. März. Es wurde gezahlt für 1 Pfund Lebendgewicht: Feiste Ferkel schwere 0,67—0,68 Mt., mittlere 0,55—0,67 Mt., gute leichte Ware von 180—220 Pfund 0,63—0,65 Mt., geringere Ware 0,55 bis 0,62 Mt., beste Sauen 0,58—0,64 Mt. Zufuhr: 2657 Schweine.

Der Hordel war mit Kälbern und Schweinen gut.

Ferkel. Rendsburg, 18. März. Den schleswig-holsteinischen Ferkel- und Jungschweinmärkten vom 8.—15. März waren insgesamt ausgeführt rund 2750 Stück gegen 3050 Stück in der Vorwoche. Die Abnahme lag zur Hälfte wohl daran, daß die hanseatischen Ferkel ferngeblieben waren. Der Handel wies im Gegensatz zur Vorwoche auf einigen Märkten bereits wieder ein etwas lebhafteres Bild auf, auf vielen Märkten konnte man jedoch nur von einem lauen Geschäft sprechen. Die Preise zogen etwas an, doch konnten die Bestände fast überall annähernd oder gänzlich geräumt werden. — Der provinzielle Durchschnittspreis betrug für Ferkel von 4—6 Wochen 19—24, von 6—8 Wochen 25—30, über 8 Wochen 31—36 Mt. für Ferkel mit Abstammungsnachweis wurden höhere Preise gezahlt. Nach Lebendgewicht kostete geringe leichte Ware 95—100, gute leichte und mittlere Ware 100—110, beste schwere Ware 110—115 Goldpfennig das Pfund.

FÜR UNSERE FRAUEN

Die Arbeiterfrauen und die Not der Zeit.

In den Kämpfen zwischen Arbeit und Kapital, die jetzt wieder mit unerhörter Wucht toben, wird oft die starke Organisation der Arbeiter als der Hauptfaktor eines proletarischen Sieges in diesen Kämpfen genannt. Hat man sich aber auch so häufig überlegt, welche „Imponderabilien“, die nur schwerlich Lebensfähigkeiten sind, in den gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Kämpfen von entscheidender Bedeutung sind?

Einer dieser Nebenknoten, die von erheblichem Einfluß auf die proletarischen Kampfschichten sind, ist ohne Zweifel das Verhältnis und die Anteilnahme der Arbeiterfrauen in den Auseinandersetzungen, in denen um ein menschwürdiges Dasein des werktätigen Volkes gerungen wird. Es ist ein hin und wieder behandeltes Thema: die vielfach heldenhafte Unterstützung, die manchem Proletarier durch eine opferbereite Frau in den schwierigsten Kämpfen seiner Klasse zuteil geworden ist. Auch weiß man, was den meisten großen Führern der Arbeiterbewegung ihre Thalamaderen in ihrem Wissen für die proletarische Klasse gewesen sind. Aber heute bedeutet das alles noch viel mehr. Wir haben eine Zeit hinter uns, die den Proletariern höchstlich das letzte Hemd vom Leibe, das letzte Bettlaken aus dem Bett und das letzte Paar heiße Kleider wegproprietiert hat, ganz zu schweigen von den beispiellosen Sparbündchen mancher Arbeiter, deren Inhalt es diesen früher immerhin erleichterte, ein paar Wochen Auspeppung und Streit durchzuhalten. Der Arbeiterhaushalt ist, um es ganz deutlich zu sagen, einfach „blau“. Die wenigen Monate, während derer die Löhne nicht mehr in „Schwindgeld“ gezahlt werden, ließen ebenfalls den Hunger aus den Proletariermilizen banzen, und selbst das war bei tausenden Arbeitslosen und Kurzarbeitern nicht einmal der Fall. Und nun letzten heftige Kämpfe zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum ein. Die Unternehmer, mit der Schwäche der Arbeiterorganisationen und mit der Unzulänglichkeit im proletarischen Lager rechnend, bringen die alten, gewohnten Mittel der Ausbeutung: Senkung des Lohnniveaus, Verlängerung der Arbeitszeit und Erhöhung der Preise, wieder in Anwendung. Allüberall im Reiche auflodernde, teilweise wochenlang dauernde Abwehrkämpfe der Arbeiterschaft seien ein. Besonders auch in den Werk- und Hafenorten trifft dieses Ringen in Eröffnung.

Und nun ermäßigt man, welch ungeheure Aufgabe bei diesen Kämpfen den Arbeiterfrauen zufällt! Freilich vollzieht sich ihr Wirken nicht unter den Augen der Öffentlichkeit, und darum möglicherweise wird ihm vielfach feinerlei Beachtung geschenkt. Die vier Wände ihres Haushalts geben den Rahmen ab für die Leistungen, die heute ungezählte Arbeiterfrauen vollbringen. Sie haben weder Gelegenheit dazu, noch liegt es in ihrer Art, etwa in Versammlungen miteinanderzusitzen, wie sie eine oder mehrere Wochen hindurch mit lächerlich geringen Geldbeträgen den Hunger aus ihren Familien bannen. Große Sprünge kann kein Mensch mit Erwerbslosen, Ausgeschickten oder Streitunterstützung unternehmen, und während sich für manche Bourgeoisie der „Wiedererstarken“ der Wirtschaft darstellt zeigt, daß sie ihren Speisebüchern wieder in der unbekümmerten Abwehrkämpfung beschlichen kann, gilt für die Arbeiterfrauen das Gebot des „Scheidens und Ver-

längerns“ noch genau so wie im Kriege. Und wenn es eine Frau fertig bekommt, ihrem in einen Wirtschaftskampf verwickelten Manne die unsagbar niederdürdenden Nahrungsjorgen im großen und ganzen fernzuhalten, trägt sie ganz erheblich dazu bei, die Aussichten auf Erfolg auf Seiten der Arbeiterschaft zu verstetigen. Sie spielt dabei etwa die Rolle jenes Mädchens, das während der Schlacht unerschrocken die kämpfenden Soldaten mit neuer Munition versieht.

Nicht weniger anerkennenswert besonders in der Gegenwart sind die Leistungen vieler Arbeiterfrauen auf dem Gebiete des Ausbechers und Umänderns von Kleidungsfüßen. Das ist heute ja viel schwerer als in der Vorwriegszeit. Damals fand sich wohl immer ein Rock, eine Hose, die nicht restlos verschlossen waren. Heute aber sind sozusagen selbst die Glüten in der vielfältigsten Form verwendet worden, da in der Nachkriegszeit Neuanschaffungen meistens unterblieben mußten. Die Gattinnen und Töchter der sogenannten „besseren“ Leute pflegen um diese Jahreszeit mit ihren Schneidern und Modistinnen zu beraten, für welche „Leichte Frühjahrseuheiten“ sie sich entscheiden sollen und verbringen manchen Tag damit, sich in allen möglichen Kaufhäusern mit neuer Kleidung zu versehen. Dahingegen verzerrt sich manche Proletariermutter wochenlang den Kopf, wie sie für ihr Mädchen zur Schulenlassung ein Kleid und ein Paar Stiefel beschaffen soll, die dann auch gleich als Arbeitskleidung mitzugehen haben, oder wie sie zu einem Anzug für den Jungen kommt.

Freilich: es sind das „kleine“ Sorgen, die geradezu winzig erscheinen gegen den Kampf, den die Arbeiterschaft zu führen gezwungen ist. Aber wie noch erst wieder der Krieg gelehrt hat, daß von den „Imponderabilien“ die wichtigsten Kämpfe mitentschieden werden, so wollen auch diese Leistungen der Arbeiterfrauen in der Not unserer Zeit richtig eingeschätzt sein, und es ist gewiß noch sehr erforderlich, daß man vielen im proletarischen Lager diese Leistungen recht deutlich zum Bewußtsein bringt. Denn es ist auf jeden Fall wichtig, diesen Faktor mit seinen vielfachen psychologischen Nebenwirkungen von vornherein bei allen Kämpfen der Arbeiterschaft in Rechnung zu stellen, wie es erforderlich ist, daraus die Lehre zu ziehen, nur auch doppelt energisch die Arbeiterfrauen für die sozialdemokratische Bewegung zu gewinnen. Ganz gewiß ist damit die Möglichkeit gegeben, die Kampfausichten für die Arbeiterschaft erheblich zu verbessern.

Zum Schluß aber sei noch unterstrichen, daß im ganzen Reiche eine große Zahl Parteigenossinnen in freiwilliger, uneigennütziger Sozialfürsorge- und Wohlfahrtsarbeit bestrebt ist, nach Kräften der Not unserer Zeit zu steuern. Auch diese segensreiche, ehrreicherweise von der Arbeiterbewegung immer in eigene Hände genommene Tätigkeit spielt sich durchweg im stillen ab. Dass dafür Arbeiterfrauen, die in ihrer eigenen Familie die Schwesterseite des Proletarierlebens kennen lernen, besonders geeignet sind, ist leicht einzusehen. Vielleicht ist es einer späteren Zeit vorbehalten, vollkommen die Bedeutung der Tatsache zu erkennen, daß proletarische Frauen von sich aus und bewußt aufzutreten, um die Not der Arbeiterschaft dort zu lindern, wo sie in ihrer ganzen Macht Entschließt auftritt. H. H.